

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1950

181 (9.8.1950)

BADISCHES VOLKSECHO

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 415 85. Chefredakteur: Willy Grimm. — Vertriebsfilialen: Heidelbergs, Rohrbacher Straße 12-15, Ruf 3421/25-01; Karlsruhe, Amalienstraße Nr. 69, Ruf 4023; Pforzheim, Westliche 77, Ruf 2596; Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Volkzeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,95 zuz. DM —,54 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 14 077. Stadt, Sparkasse Mannheim Kto.-Nr. 227, Postcheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 433 39. Anzeigenpreisliste Nr. 2. Anzeigen werden entgegengenommen in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 181

Mittwoch, 9. August 1950

Preis 15 Pfg.

„Immunitätsraub an Max Reimann - ein Attentat auf den unbestechlichsten Mann der deutschen Politik“

Stimmen aus der Bevölkerung auf die Umfrage des „Volksechos“ über den Anschlag gegen den Führer der KPD

Mannheim. (EB.) Der Immunitätsraub an Max Reimann wird als das, was er ist, im Volk erkannt. Der Sprecher des Volkes soll mundtot gemacht werden. Die Anklagen des mutigen Friedenskämpfers gegen die Bonner Separatregierung, die im Kielwasser der anglo-amerikanischen Kriegspolitik schwimmt, sollen zum Verstummen gebracht werden. Das wird nicht gelingen! Mit dem Attentat auf Max Reimann zielt man auf das Volk ab, untergräbt dessen Rechte und setzt das Leben der Nation aufs Spiel. Umfragen unserer Redaktion unter der Bevölkerung, wie sie zu dem Immunitätsraub steht, beweisen, daß sich die richtige Erkenntnis Bahn bricht. Wir bringen nachstehend einige der Ergebnisse unserer Umfragen.

F. K., Betriebsrat bei Daimler-Benz: „Die Aufhebung der Immunität Max Reimanns ist ein politischer Skandal, mit dem die Bonner Bundespolitik ihre in die Augen springenden Blößen verdecken wollen. Der Immunitätsraub ist das Feigenblatt, mit dem die Erhöhung der Lebenshaltungskosten, der Prestigeverlust der Besatzungsmacht wegen ihrer Schlappe bei ihrem Ueberfall auf das koreanische Volk, schamlos zugedeckt werden soll. Darüber hinaus aber ist das Vorgehen gegen Max Reimann ein Anschlag auf die Volksrechte.“

Man geht hierbei Schritt für Schritt in genau berechneten Steigerungen vor. Die Bonner Politiker aller Schattierungen wenden das an, was sie im dritten Reich „gelernt“ haben.

Eine besondere Unverschämtheit liegt darin, daß die Rechtsbrüche nach nazistischem Muster und trotz Bonner Grundgesetz, im Namen von „Demokratie und Freiheit“ geschehen.“

R. V., Redakteur: „Max Reimann hat sich für die Einheit und Unabhängigkeit unseres Landes, für den Abzug der Besatzungstruppen und für den Kampf um den Frieden wie kein anderer eingesetzt. Es gibt zu denken, daß man in Bonn moralisch so tief gesunken ist, daß man wagt, offen diese für jeden Deutschen annehmbaren Ziele an eine zum Krieg führende Konzeption zu verraten.“

Man schlägt den Mann und meint die Sache. Ich fühle mich verpflichtet, überall gegen die Fälschungen einer echten deutschen Politik Stellung zu nehmen und im Falle der weiteren Verschärfung der Lage Widerstand zu leisten. Selbstverständlich geht es mir auch um die Freiheit, aber nicht um jene Freiheit die nach dem Fallen der Atombombe in unserem Land oder in der Sowjetunion, wie es Herr Dombrowski, ein „deutscher“ Redakteur gefordert hat, in verwüsteten Landstrichen und unter verzweifelt Menschen anzutreffen ist. Das ist keine Freiheit! Ich empfinde schon heute die Scham vor den Menschen, die diesen Namen verdienen, betroffen sein zu müssen, wenn sie als Überlebende eines dritten Weltkrieges im Angesicht der Millionen Opfer unter unausdenkbaren Verwüstungen sich daran erinnern, daß dies im Namen der „Freiheit“ geschehen sein soll. Ich wundere mich über die Zeitgenossen, deren Intelligenz nicht weiter reicht, als sich von lächerlichen und menschenverderbenden Parolen fangen zu lassen, eben von derselben Seite, die zu gleichem Zeitpunkt die schrecklichste Kriegsmaschine in Korea in Bewegung gesetzt hat. Wenn es keine andere Alternative geben sollte — was ich in diesem Augenblick nicht klar entscheiden kann —

dann ziehe ich es aber vor, mit dem Kommunismus zu leben, eich ich für den Dollar-Atomismus sterbe.“

H. St., Städtischer Angestellter: „Der von den Amerikanern in Korea geführte heisse Krieg mit den für seine Verursacher unerwarteten Niederlagen hat die Nervosität der Besatzungsmächte und ihrer Marionetten in Westdeutschland auf einen Siedepunkt gesteigert. Sie haben dabei ihre Maske fallen lassen und ihr imperialistisches Gesicht in

völliger Nacktheit gezeigt. Daß sie dabei in ihrer begreiflichen Wut sich

den unbestechlichsten Mann der deutschen Politik, Max Reimann,

aussuchten, steht eng in Zusammenhang mit ihrer Erkenntnis, daß die amerikanische Aggression auf den zähen Widerstand der Friedenskräfte in Westdeutschland stoßen wird.

Im Kriegslager glaubt man, wenn die Führung lahm gelegt wird, gewonnenes Spiel mit den breiten deutschen Volksmassen zu haben. Ich möchte daran erinnern, daß z. Z. des spanischen Bürgerkrieges in den USA kein Hahn gekräht hat, als es sich um die Verteidigung der legalen Demokratie und der legalen Freiheit handelte. Heute versuchen die Kriegsorganisatoren ihre Manöver unter der Parole „Freiheit“ laufen zu lassen. Das ist eine Heuchelei, die allen teuer zu stehen kommen wird, die darauf hineinfallen.

Der Anschlag auf Max Reimann hat den gleichen Hintergrund, wie die Verhaftung der kommunistischen und sozialdemokratischen Funktionäre im Jahre 1933, nach dem Reichstagsbrand, nämlich die

Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion.

Unter der gleichen abgefeimten Verlogenheit wird der Ueberfall auf die Sowjetunion und das Verbrechen gegen die Menschheit organisiert. Wir müssen in Westdeutschland die gesamte Bevölkerung für die Erkenntnis dieser Zusammenhänge gewinnen. Alles andere ist Selbstmord des deutschen Volkes, zugunsten einer Clique von Dollarmilliardären.

Wer will für fremde Interessen Selbstmord begehen und wer wird, wenn er dies erkannt hat, durch die Arbeit für die Unterschriftensammlung für die Aechtung der Atombombe nicht bereit sein, jenen anglo-amerikanischen Kriegstreibern in den Arm zu fallen, die ihn dazu zwingen wollen?“

Folgt dem Ruf Max Reimanns!

Unterschriftensammlung zum Verbot der Atombombe ist eine Ehrenpflicht jedes Kommunisten

Frankfurt. (EB.) Das Westdeutsche Friedenskomitee hat den kommenden Sonntag zum Großsammeltag von Unterschriften für das Verbot der Atombombe und der Aechtung der Regierung erklären lassen, die als erste den Befehl zum Abwurf der Atombombe gibt.

Es jährt sich der Tag, an dem die amerikanischen Imperialisten den menschenverachtenden Befehl gaben, auf die japanischen Städte Nagasaki und Hiroshima Atombomben abzuwerfen, wobei mehr als hunderttausend unschuldige Männer, Frauen und Kinder vernichtet wurden.

Angesichts der Tatsache, daß die amerikanischen Imperialisten bei ihrem Interventionskrieg gegen das koreanische Volk Dörfer, Städte und Hunderttausende Menschen vernichten, und auf dem Boden unserer westdeutschen Heimat ebenso den Krieg vorbereiten, ist der Kampf um den Frieden und das Unterschriftensammeln für das Verbot der Atombombe die höchste patriotische Pflicht eines jeden, der sein Volk und seine Heimat liebt. Ich rufe alle Mitglieder unserer Partei auf, sich am Sonntag an erster Stelle beim

Sammeln von Unterschriften für das Verbot der Atombombe zu beteiligen. Es ist die erste Aufgabe und eine Ehrenpflicht eines jeden Kommunisten, um die Erhaltung des Friedens und für das Verbot der Atombombe zu kämpfen, und täglich für diesen Kampf etwas zu tun. In jede Wohnung, ob Arbeiter, Bauer, Bürger, Geistesschaffender oder Unternehmer, überall, wo sich am Sonntag Menschen zusammenfinden, geht hin und sammelt Unterschriften.

Jedes Mitglied unserer Partei muß sich an dieser Unterschriftensammlung beteiligen!

Bildet Aktivgruppen, schafft Beispiele und wertet dieselben nach der Unterschriftensammlung in der Mitgliedschaft aus!

Heift mit, die Front von 5 Millionen Friedenskämpfern in unserer Heimat zu schaffen!

Vorwärts Kommunisten! Es geht um den Frieden, es geht um unser Volk, es geht um unsere Heimat!

Max Reimann.

Das Blatt ist nicht zu wenden

Die USA-Interventionisten in Korea können der Vernichtung nicht entronnen

Tokio/Pjoengjang. (Nach Reuter, afp u. EB.) Die gesamte bürgerliche Presse der Welt machte sich gestern fast ausnahmslos einer seitlichen Irreführung der Öffentlichkeit über die Vorgänge in Korea schuldig. Ganz groß wurde von der amerikanischen Offensive im Südschritt der Front, die zum Ziel die Eroberung der Stadt Tschindschu hatte, mit der Absicht berichtet, den Eindruck zu erwecken, als sei eine Wendung im amerikanischen Krieg in Korea eingetreten und wäre die Niederlagenserie der Aggressoren abgerissen. Gewiß, den Versuch einer amerikanischen Offensive hat es gegeben. Aber er ist kläglich gescheitert. Die bürgerliche Presse mußte erfahren, daß zwar die koreanische Volksarmee nicht der amerikanischen Offensive, sie aber der Propaganda-Offensive des Hauptquartiers Mac Arthurs zum Opfer gefallen ist. Die Aggressoren in Korea sind in der Weltpropaganda gewiß tüchtiger, als im Kampfe.

Kaum, daß die Welt von der „großen amerikanischen Offensive“ mit den Spezialeinheiten, wie den Ledernacken, die frisch gelandet waren, in Kenntnis gesetzt war, folgte der Katzenjammer hinterher. Die Offensive blieb stecken, nach genau 3 km Geländegewinn. Die amerikanische Volksarmee stoppte nicht nur die Aggressoren durch vernichtendes Artilleriefeuer, sondern setzte zum erfolgreichen Flankenangriff an. Unbeachtet dieser Tatsache verkündete das amerikanische Hauptquartier, welches „große Verluste“ die Interventionisten der koreanischen Volksarmee zugefügt hätten. Etwas später kam ein anderes Lamento. Die Geheimhaltung der Offensivvorbereitungen der amerikanischen Interventionisten soll vollständig versagt haben. Die Führung der koreanischen Volks-

armee habe bereits vor Beginn der Offensive gewußt, wann und wo sie beginnen würde. Der koreanischen Volksarmee sei es vom ersten Anfang an gelungen, die amerikanischen Nachrichtenverbindungen zu durchschneiden und den Aufmarsch empfindlich zu stören. Wir vermüßten bei diesem Einverständnis den obligaten Zusatz, daß die koreanische Volksarmee „große Verluste“ erlitten habe.

In den Propagandamedelungen des amerikanischen Hauptquartiers machte man offenbar aus der Not eine Tugend. Im USA-Hauptquartier ist man nicht mehr Herr seiner Spezialeinheiten überstürzt in den Kampf geworfen werden. Mit welchem Erfolg? Die koreanische Volksarmee hat auf einer Breite von 50 km den Naktong-Fluß, das „unüberwindliche Hindernis“, überschritten und stößt in einer Stärke, die nach Divisionen zählt, in den Brückenkopf von Pusan vor, in das Gebiet, von dem amerikanische Verkündungen behaupteten, daß „kein Fuß breit mehr verlorengehe“.

Zum Schluß wieder eine Meldung aus dem amerikanischen Hauptquartier, daß die groß verkündete und gescheiterte Offensive der Amerikaner im Südschritt noch nicht „die Großoffensive“ der amerikanischen Interven-

tionisten gewesen sei. Der Weltöffentlichkeit mutet das amerikanische Hauptquartier unter Mac Arthur ein seltenes Maß von Dummheit zu.

Repressalien können Treffen der 100000 Jugendlichen nicht verhindern

Das Komitee junger Friedenskämpfer Westdeutschlands schreibt uns: Der Chef der Polizei in Hannover erließ ein Verbot der von den jungen Friedenskämpfern Hannovers für den 5. 8. 1950 organisierten Friedensversammlungen, die ein Ausdruck des Friedenswillens der gesamten deutschen Jugend sein sollen.

Die eigenmächtige Handlungsweise des Chefs der Polizei ist ein offensichtlicher Bruch der im Grundgesetz garantierten einfachsten demokratischen Grundrechte.

Mit solchen Verboten wird versucht, die Arbeit der jungen Friedenskämpfer, die dem Lebensinteresse der gesamten deutschen Jugend und der Bevölkerung dient, zu stören. Die für den Frieden kämpfende junge Generation sieht in solchen demokratischen Maßnahmen den Versuch, die Stimme der Jugend, die den Frieden will, mundtot zu machen. Es ist ersichtlich, daß dieser Willkürakt des hannoverschen Polizeichefs genau so wie die Verfolgung junger Friedenskämpfer den Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland

dient. Die willkürliche Maßnahme des Chefs der Polizei in Hannover widerspricht dem Willen und Interesse des deutschen Volkes und seiner Jugend.

Deshalb protestieren wir auf das schärfste gegen das Verbot der Friedenskundgebungen in Hannover. Wir werden uns in unserem Kampf für den Frieden niemals durch Terror und Polizeizekte abhalten lassen.

Kämpfe gegen die Einschränkung der demokratischen Grundrechte.

Dem Verbot der Friedenskundgebungen durch Polizeiverbote wird die deutsche Jugend antworten mit einer verstärkten Unterschriftensammlung zur Aechtung der Atombombe, mit der Schaffung Komitees junger Friedenskämpfer und durch verstärkte Vorbereitung des Treffens der 100 000, das ein gewaltiger Schlag gegen die Kriegstreiber in Westdeutschland und ein entscheidender Sieg im Kampf für ein einheitliches, friedliebendes, demokratisches Deutschland sein wird. Vorwärts zum Treffen der 100 000 jungen Friedenskämpfer an Rhein und Ruhr!

Friedenskomitee in Emmendingen

Emmendingen. (EB.) In der Kreisstadt Emmendingen bei Freiburg wurde in einer öffentlichen Versammlung ein sechsköpfiges Komitee der Kämpfer für den Frieden gegründet. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution forderte die Versammlung die Emmendinger Bevölkerung auf, den Appell von Stockholm zur Aechtung der Atomwaffe zu unterzeichnen. Sie legte darin in zwölf Punkten die Arbeitsgrundlage des Emmendinger Komitees fest. Die zwölf Punkte umfassen ein klares Programm, das sich vor allem gegen jede Kriegsvorbereitung, Remilitarisierung und Rüstungsproduktion in Westdeutschland wendet und den Gedanken der Freundschaft und des friedlichen Zusammenlebens aller Völker, Rassen und Nationen propagiert.

„Durch keine Gründe gerechtfertigt“

Britische Atomwissenschaftler gegen Anwendung der Atombombe

London. (EB.) Die Anwendung der Atombombe stelle eine schmutzige und niederträchtige Art dar, Menschen umzubringen erklärte der führende britische Atomwissenschaftler, Professor Oliphant, der am physikalischen Institut der australischen Landesuniversität in Canberra arbeitet, Professor Oliphant betonte, daß der Einsatz derartiger, zur Ausrottung der Zivilbevölkerung bestimmter Massenvernichtungswaffen durch keine Gründe moralisch gerechtfertigt werden kann.

Internationales Studententreffen in Moskau

Moskau. (EB.) Im Gewerkschaftshaus in Moskau fand ein Treffen der sich in Moskau befindlichen Delegationen von Studenten und Jugendlichen aus China, Korea, Vietnam, der mongolischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der CSR, Ungarn und Frankreich mit Vertretern des Komsomol der sowjetischen Jugend statt.

Bisher unterschrieben 102 000 Westberliner

Berlin. (EB.) 102 000 Westberliner haben bisher ihre Unterschrift zur Aechtung der Atombombe gegeben, erklärte ein Mitglied des Arbeitsausschusses des Großberliner Komitees der Kämpfer für den Frieden auf einer Pressekonferenz.

Der Versuch der Reuter-Verwaltung durch Terrormaßnahmen das Anwachsen der Friedenskräfte in Berlin zu verhindern, ist kläglich zusammengebrochen.

Französische Lehrer werben für den Frieden!

Wie das Komitee des Weltkongresses der Kämpfer für den Frieden mitteilt, haben 200 französische Lehrer beschlossen, eine Rundreise durch mehrere Länder Europas anzutreten, um für den Frieden zu werben und Kontakt mit der Lehrerschaft anderer Länder aufzunehmen.

Sie werden auf ihrer Tournee auch durch Deutschland kommen und sich am 11. und 12. August 1950 in Hamburg aufhalten, um auch deutschen Lehrern die Hand zu drücken.

Im Streiflicht gesehen

30 000 Japaner durch Ueberflutung obdachlos

Tokio. Zwei kleinere japanische Städte und sieben Dörfer wurden am Montag überflutet, als der Kogai-Fluß fünfzig Kilometer nordostwärts von Tokio über die Ufer trat. Ueber 30 000 Menschen wurden obdachlos, vierzig Personen werden vermißt. (Nach INS.)

Zwei Tote bei einem Zusammenstoß

Rendsburg. (dpa.) Ein Zusammenstoß zwischen einem Motorrad und einem Personenzug in Rendsburg (Schleswig-Holstein) forderte zwei Tode. Ein jugendlicher Motorradfahrer aus Rendsburg, der von einem Arbeiter auf dem Sozials begleitet wurde, fuhr an einem unbeschränkten Bahnübergang auf die Lokomotive des Husumer Personenzuges auf. Beide wurden tödlich verletzt.

Sechs Tote bei einem Eisenbahnunglück auf Sizilien

Palermo. Bei einem Eisenbahnunglück in der Nähe von Castelvetrano, südlich Palermo, kamen am Sonntagabend sechs Personen ums Leben. 35 wurden zum Teil schwer verletzt. Der Zug, dessen Bremsen bei einer Talfahrt offenbar versagten, sprang aus den Schienen und stürzte einen steilen

Abhang hinab, wo er noch fünfzig Meter weiterrollte. (Nach Reuter und afp.)

Eine Kuh bringt fünf Kälber zur Welt

Newry (Nordirland). Eine vierjährige Kuh in Newry (Nordirland) brachte am Montag fünf Kälber zur Welt, ein Ereignis, das in der Rinderzucht bisher einzigartig dasteht. Die Kälber sind von normaler Größe und bei bester Gesundheit. (Nach Reuter.)

Eine nicht alltägliche Explosion

Santiago (Chile). Bei einer Explosion in Santiago wurden sechzehn Personen verletzt, als sich unter dem Straßenpflaster ausströmendes Gas durch Kurzschluß in einer elektrischen Leitung entzündete. Besonders schwere Verletzungen erlitt ein Schutzmänn, als die Plattform, von der aus er den Verkehr regelte, in die Luft flog. (Nach Reuter.)

Türkische „Freiheit“

Istanbul. Fünf Linksblätter wurden am Montag in Istanbul verboten, weil sie gegen die Entsendung türkischer Truppenkontingente nach Korea protestiert hatten. Sieben Verleger und Chefredakteure wurden wegen „umstürzlerischer Propaganda“ in Haft genommen. (Nach afp.)

Ein „Kunststück“

Washington. Reuter meldet, daß ein militärischer Sprecher in Washington darauf hingewiesen habe, daß die Aggressoren auf dem koreanischen Kriegsschauplatz die Luft- und Seeherrschaft errungen hätten. Ein seltsames Kunststück ereignete über einem Volk, das kaum Luft- und Seestreitkräfte hatte. Interessanter wäre gewesen, dieser Sprecher hätte erklärt, warum die Interventionisten in Korea weiter Niederlagen einstecken müssen, trotz dieser Tatsachen und jener, daß die Landtruppen der Aggressoren die gleiche Stärke hatten, wie die der koreanischen Volksarmee.

Athen. (EB.) Partisaneneinheiten haben in den Dörfern Griechenlands eine breite Friedenskampagne eingeleitet. In Thrazien haben die Partisanen ihre Kameraden in Zentral-Mazedonien zu einem Wettbewerb bei der Sammlung von Unterschriften für den Stockholmer Appell aufgefordert.



Die führenden Generale Dean und Walker des amerikanischen Krieges in Korea

Sollen wir in den Abgrund rennen?

Während die verschiedenen Gremien der westlichen Alliierten über das Maß und die Finanzierung der Rüstungen für den dritten Weltkrieg noch streiten, der eine dem anderen den größeren Teil der Kosten zuschieben möchte, ist bereits ein unumstößliche Tatsache: Die Lebenshaltung der Völker wird in schnellem Tempo herabgedrückt. Dies trifft auf die USA, auf Britannien wie auf Frankreich und alle Länder zu, die in das Netz der anglo-amerikanischen Kriegsvorbereitung verstrickt sind. Wir wissen in Westdeutschland, in welchem Ausmaß die Adenauer-Regierung die Preise in die Höhe treiben ließ. Das britische Rüstungsprogramm wurde von der sogenannten Arbeiter-Regierung mit dem Hinweis verkündet, daß der Lebensstandard des Volkes eingeschränkt werden muß. Die französische Regierung hat zur Deckung ihrer wahnwitzigen Aufrüstungskosten bereits Steuererhöhungen beschlossen. Auch in Frankreich wird schamlos hinzugefügt, daß dies „eine schwere Last für das französische Volk“ bedeute.

Die Kriegsbrandstifter bürden nicht nur heute den Völkern eine schwere Last auf, sondern ziehen einen Wechsel auf die Zukunft, an dem ihre Völker zerbrechen sollen. In Bonn und in Paris hat man mit wohlwollender Unterstützung der USA den Schuman-Plan ausgeheckt, um die deutsche und französische Arbeiterschaft unter das Joch der wirtschaftlichen Ausplünderung für die Kriegsvorbereitung zu zwingen. Die Pariser Regierung hat diesen Grundgedanken des Schuman-Planes nun noch erweitert. Sie will, das wird offen ausgesprochen, eine Rüstungsgemeinschaft der Staaten des Atlantikpaktes.

Die Pariser Zeitung „Liberation“ brandmarkt mit den schärfsten Worten die Politik der amerikahörigen französischen Regierung. Sie schreibt: „Die Bestrebungen der Aufrüstung sind ein Rennen in den Abgrund. Die Regierung will sich während der Parlamentsferien mehr und mehr in einer verbrecherischen Politik engagieren, die zu dem von den USA vorbereiteten Krieg führt.“

Wenn die Kriegstreiber alleine in den Abgrund rennen würden; die Völker könnten nichts dagegen haben. Der Plan der Kriegstreiber ist aber, die Völker in den Abgrund zu stürzen und sich dabei heil zu erhalten. Lieber sollen die wenigen Tausende Kriegsbrandstifter in der Welt untergehen, als daß wegen ihnen die Menschheit umkommt. Wagt gegen sie den Kampf, führt ihn dadurch, daß ihr alles einsetzt, für die Unterschriftensammlung gemäß den Stockholmer Beschlüssen des Weltfriedenskomitees. Gebt Euer Veto, gebt es millionenfach und aber millionenfach! Gebt Euer Veto, das zum Untergang der Kriegsbrandstifter führen muß!

KPD-Bundestagsfraktion unterstützt den Lohnkampf

Schreiben der KP-Fraktion an den Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Werte Kollegen!

In Ihren beiden Schreiben vom 28. Juli 1950, die Sie an unsere Fraktion, ebenso wie an alle übrigen Fraktionen des Bundestages richteten, haben Sie auf die erhebliche Steigerung der Preise für Lebensmittel und wichtigste Bedarfsgüter hingewiesen. Mit Recht unterstreichen Sie die aus der Entwicklung der letzten Wochen entstandene unerträgliche Lage der Arbeiterschaft, der Angestellten und Beamten und von Millionen Rentempfängern. Sie haben entsprechend den Beschlüssen Ihres Bundesvorstandes vom 25. Juli Vorschläge für eine parlamentarische Initiative gemacht, durch die eine weitere Minderung der Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung verhindert werden soll.

Die Bundestagsfraktion der KPD hat Ihre Hinweise und Vorschläge mit großer Sympathie aufgenommen. Sie hat unverzüglich, am 27. Juli, beschlossen, im Bundestag die folgenden Anträge einzubringen:

1. Der Bundestag wolle beschließen: Die Bundesregierung wird verpflichtet, dem Bundestag unverzüglich den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, das den Gewerkschaften das Recht gibt, alle vor Mitte Juni 1950 abgeschlossenen Tarifverträge unbekümmert um ihre Geltungsdauer und unabhängig von vereinbarten Kündigungsmöglichkeiten mit einer Frist von zwei Wochen zu kündigen.
2. Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird verpflichtet, unverzüglich dem Bundestag den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch das die Löhne und Gehälter aller im öffentlichen Dienst stehenden Arbeiter, Angestellten und Beamten, einschl. der Bundespost- und Bundesbahnbediensteten, sowie den Pensionen und Wartegeldern den erhöhten Lebenshaltungskosten angepaßt werden.

3. Der Bundestag wolle beschließen: Die Bundesregierung wird verpflichtet, unverzüglich dem Bundestag den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch das alle zur Zeit in Kraft befindlichen Rentensätze der

Fort mit der Atombombe

Reichsversicherungsverordnung und der im Bundesgebiet geltenden Versorgungsgesetze für die Kriegssopfer, die Sätze der Arbeitslosenversicherung und des Soforthilfegesetzes, sowie die Wohlfahrtsrichtsätze den erhöhten Lebenshaltungskosten angepaßt werden.

Am 29. Juli hat jedoch der amtierende Präsident des Bundestages und Mitglied des Fraktionsvorstandes der SPD, Professor Dr. Carlo Schmid, das Büro des Bundestagspräsidenten angewiesen, die drei Anträge, die wir in Übereinstimmung mit Ihren Vorschlägen am Morgen des 28. Juli eingereicht hatten,

nicht weiter zu bearbeiten und nicht in Druck zu geben, sie also als nichtexistierend zu behandeln. Als Begründung hierfür wurde der Vorwand genommen, die Kommunistische Partei verfüge nach dem Ausschluß einiger ihrer Mitglieder für mehrere Sitzungstage nicht mehr über die für die Einbringung von Anträgen erforderliche Anzahl von Unterschriften. Von diesem Vorgang wurde unsere Fraktion erst vier Tage später in Kenntnis gesetzt.

Die Anordnung des amtierenden Bundestagspräsidenten, Professor Dr. Schmid, ist zweifellos ein Bruch der Geschäftsordnung. Trotzdem hat die geschäftsordnungswidrige Anweisung zur Folge, daß die Behandlung der Anträge, die den Forderungen von fünf Millionen gewerkschaftlich organisierter entspricht, vorläufig ausgesetzt ist.

Wir richten darum an Sie den Appell, von Ihrer Seite aus alles Erforderliche zu unternehmen, um die weitere Sabotage der Anträge, die den Beschlüssen des Deutschen Gewerkschaftsbundes entsprechen, zu verhindern.

Wir schlagen außerdem vor, daß alle gewerkschaftlichen Organisationen unverzüglich zu den erwähnten Vorgängen im Bundestag Stellung nehmen und verlangen, daß die Anträge, die die gewerkschaftlichen Forderungen zur Frage der Löhne, Gehälter und Renten zum Inhalt haben, auf die Tagesord-

„Das deutsche Volk kommt in Bewegung!“

Berlin (EB) Millionen Deutsche erkennen immer stärker die historische Bedeutung des Kampfes, den die Nationale Front des demokratischen Deutschlands führt, schreibt die „Prawda“ zu dem am 25. und 26. August stattfindenden Nationalkongress der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands.

Die Sehnsucht der deutschen demokratischen Kräfte nach einer Einigung in der Nationalen Front, wird um so dringlicher, je mehr sich die imperialistische Politik, die auf die Zerstückelung Deutschlands und die Verwandlung Westdeutschlands in ein Waffenarsenal gerichtet ist, enthüllt. Das deutsche Volk, betont die „Prawda“, kommt in Bewegung, denn auch in Westdeutschland wird der Kampf gegen die räuberische Politik der amerikanischen Imperialisten immer schärfer. Die westdeutschen Werktätigen überzeugen sich immer mehr davon, daß der einzig richtige Weg zur Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschland der Weg ist, der dem deutschen Volk in den Potsdamer Beschlüssen gewiesen wurde und auf den die Nationale Front das ganze deutsche Volk ruft. Alle deutschen Patrioten, die sich auf-

richtig um die Einheit Deutschlands im Rahmen eines demokratischen friedliebenden Staates bemühen, werden sich deshalb unter den Fahnen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vereinen.

Frankfurter Abkommen verlängert

Frankfurt (EB) Die seit mehreren Wochen in Berlin geführten Verhandlungen über den innerdeutschen Warenverkehr,

haben zwischen den deutschen Vertragspartnern eine Einigung erbracht. Danach soll das Frankfurter Abkommen verlängert und in der Zwischenzeit ein neues Abkommen abgeschlossen werden.

Pressemeldungen, nach denen eine Verlängerung des Abkommens bereits abgeschlossen sei, sind, wie bekannt wird, nicht richtig. Die Vertreter Westdeutschlands benötigen für ihre Unterschriftsleistung noch die Genehmigung der Hohen Kommissare, die bisher nicht erteilt worden ist.

Die Lohnbewegung gerät in Gang

Mit den Tarifkündigungen müssen die Kampfvorbereitungen in den Betrieben Hand in Hand gehen

Stuttgart (EB) In einer vom Ortsausschuß Stuttgart des DGB veranstalteten Kundgebung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes protestierten 1500 Angestellte gegen die geplante dreiprozentige Gehaltskürzung als Ausgleichsabgabe für die verdrängten Beamten. Die sofortige Aufhebung der Brüningschen sechszehnpromigen Gehaltskürzung für die Angehörigen der

Post und Eisenbahn wurde gefordert. Zum nächst möglichen Termin will die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr alle Tarifverträge für kommunale Angestellte und Arbeiter im Bundesgebiet kündigen. In Württemberg-Baden ist die Kündigung bereits ausgesprochen. Wegen der Preissteigerungen hat der Bundesvorstand und Beirat der Industriegewerkschaft Leder in Stuttgart eine Erhöhung der Gehälter und Löhne gefordert. Die in Westdeutschland bestehenden 49 Lohnabkommen in der Lederindustrie werden unverzüglich gekündigt.

Vorher hatten bereits die Industriegewerkschaften IG Bau und Erden, Chemie, Papier und Keramik und Textil ihre bestehenden Tarifabkommen gekündigt.

Die Industriegewerkschaft Metall des Landes Württemberg-Baden wird am kommenden Samstag in der Tagung ihrer entscheidenden Körperschaft gleichfalls zu der Frage Stellung nehmen. Die Belegschaften der Metallindustrie haben an vielen Orten den Ruf nach Lohnerhöhung zum Ausgleich der gestiegenen Preise erhoben.

Die Beschlüsse zur Einleitung einer allgemeinen Lohnbewegung, wie sie von den einzelnen Gewerkschaften gefaßt wurden, sind nötig und wichtig. Sie bedeuten aber nichts, wenn nicht in den Betrieben die notwendigen Maßnahmen vorbereitet werden, um die Kraft der organisierten Arbeiterschaft bei den beginnenden Verhandlungen von vornherein in die Waagschale zu werfen.

Gegen den Bruch demokratischer Rechte in USA

Aufruf der KP der USA an das amerikanische Volk

Washington (EB) Im Namen der Kommunistischen Partei der USA hat der Vorsitzende des Nationalkomitees der Partei, William Porter, am Wochenende das amerikanische Volk aufgerufen, mit aller Schärfe gegen den Beschluß des Berufungsgerichts

der ersten Plenarsitzung des Bundestages nach Abschluß der Parlamentsferien, am 31. August 1950, gesetzt werden.

Darüber hinaus aber halten wir es für notwendig, die Öffentlichkeit auf die wahren Ursachen der Preissteigerungen hinzuweisen, die in der Einbeziehung Westdeutschlands in die Kriegsvorbereitungen des amerikanischen Imperialismus und in der Unterwerfung der Bundesregierung unter die Direktiven der amerikanischen Politik bestehen. Dieser Hinweis wird die gewerkschaftlich organisierten auch vor gefährlichen parlamentarischen Illusionen warnen. Der von der Regierungsmehrheit dirigierte Bundestag hat mehr als einmal bewiesen, daß er nicht gewillt ist, den Forderungen der arbeitenden Bevölkerung Rechnung zu tragen. Nur durch die unverzügliche, entschlossene und einheitliche Anwendung aller gewerkschaftlichen Kampfmittel wird es möglich sein, höhere Löhne und Gehälter, sowie ausreichende Renten zu erzwingen und den volksfeindlichen Maßnahmen der Regierung ein entschiedenes Halt entgegenzusetzen.

Mit gewerkschaftlichem Gruß! Bundestagsfraktion der KPD, I. A.: Walter Fisch.

Da paßt er hin

Singapur. (Nach aff.) Der Banditenhauptmann Westerling, der mit Unterstützung imperialistischer Kreise Hollands als Führer der „himmlischen Heerscharen“ die Stadt Bandung auf Westjava mit dem Ziel einer Lotterei von Indonesien besetzt hatte, hat sich im Gefängnis Singapur geäußert, daß er mit den UNO-Streitkräften in Korea kämpfen will. In einem Telegramm an General Mac Arthur hat er seine Dienste als Offizier angeboten.

Und doch weiter Niederlagen

Washington. (Nach aff.) Die in Korea eingesetzten amerikanischen Interventions-truppen kämen jetzt an Stärke den Truppen der koreanischen Volksarmee gleich, verkündete ein Sprecher des USA-Verteidigungsministeriums.

An Truppen mangelt es den Imperialisten gegenüber einem kleinen Land nicht. In Korea mangelt es ihnen daran, daß sie nur gekaufte Kreaturen, aber nicht das Volk auf ihrer Seite haben.

Malik sprach für alle Völker

Der amerikanische Krieg in Korea ist eine brutale Aggression — Die Sowjet-Union wird ihre Bemühungen um den Frieden fortsetzen

Der amerikanische Kongress hat in den letzten Tagen eine Resolution angenommen, in der Präsident Truman ermächtigt wurde, denjenigen Ländern Marshallplan-Gelder zu entziehen, die keinen „positiven Beitrag“ zum Krieg in Korea leisten, d. h. die nicht bereit sind, ihre Jugend dem amerikanischen Imperialismus als Kanonenfutter zur Verfügung zu stellen. Dieses Verhalten, zu dem der amerikanische Kongress nicht Zufucht nehmen müßte, wenn der amerikanische Krieg die Sympathien der Völker genießen würde, illustriert mit aller Deutlichkeit, wie recht er in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zurückgekehrte Vertreter der Sowjetunion, Malik, hatte, als er in seiner Rede am 1. 8. 1950 feststellte:

„Unter Demokratie verstehen die herrschenden Kreise der USA die natürliche und unbeschränkte Macht einer kleinen, grausamen und die Macht liebenden Handvoll Millionäre. Unter freien Nationen verstehen sie die Regierungen, die unterwürfig und folgsam ihr Knie vor den herrschenden Kreisen der Vereinigten Staaten von Amerika beugen ...“

Als der Vertreter der Sowjetunion im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, Malik, von seinem Recht als Vorsitzender Gebrauch machte und den Vertreter der Kuomintang, der niemanden mehr vertritt als sich selbst, ausschloß, verstärkte die amerikanischen Imperialisten ihren Druck auf die von ihnen abhängigen Regierungen und veranlaßten diese, dem seiner Einwohnerzahl nach größten Volk der Erde, dem chinesischen Volke, das sich in einem gerechten nationalen Befreiungskampf seine Unabhängigkeit und Selbständigkeit errang, seine rechtmäßige Vertretung weiterhin vorzuenthalten. Um die für den amerikanischen Antrag notwendige Stimmzahl aufzubringen, sprachen sich auch Großbritannien und Norwegen für das Verbleiben des Kuomintang-Vertreters im Sicherheitsrat aus, obwohl diese Staaten die Regierung der chinesischen Volksrepublik anerkannten. Sie verdeckten ihr schlechtes Gewissen vor ihren eigenen Völkern damit, daß sie sich auf Verfahrensfragen beriefen, was besonders bei einem Einwand des norwegischen Vertreters zum Ausdruck kam, der anregte, Malik möge über seinen Vorschlag ohne Diskussion abstimmen lassen.

Einen wichtigen Sieg der Sowjetdiplomatie und damit einen Erfolg für das Lager des Friedens stellt die Tatsache dar, daß der Vertreter des 320 Millionen Menschen zählenden indischen Volkes für den Sowjetvorschlag stimmte, den Kuomintang-Vertreter aus den Vereinten Nationen zu entfernen. In dieser Tatsache, sowie in der Erklärung des indischen Ministerpräsidenten Nehru, daß die imperialistischen Staaten bei der Behandlung der asiatischen Probleme „jeden Scharfsinn vermissen lassen“ und daß sie „die asiatische Mentalität nicht verstehen“, drückt sich die Stimmung in ganz Asien aus. Die Verurteilung der amerikanischen Einnischung in die Angelegenheiten

der asiatischen Völker hat in den letzten Wochen durch das brutale Vorgehen gegen das koreanische Volk ein solches Ausmaß angenommen, daß sich auch die keineswegs sowjet- u. kommunistfreundliche indische Regierung dieser Wirkung nicht entziehen konnte.

Die amerikanische Ablehnung des Vorschlages des indischen Ministerpräsidenten und der Sowjetvorschläge zur Beilegung des Korea-Konfliktes hat die Pläne der amerikanischen Kriegstreiber noch deutlicher werden lassen, und Malik versäumte es nicht, von der Tribüne der Vereinten Nationen aus ihre Rolle anzuklagen:

„Die Zurückweisung des Appells von Ministerpräsident Nehru durch Washington und der Vorschlag, der heute von dem Vertreter der Vereinigten Staaten eingebracht wurde, um zu verhindern, daß der sowjetische Vorschlag auf die Tagesordnung gesetzt wird, der sowohl die Frage der Anerkennung des Vertreters der Chinesischen Volksrepublik als des Vertreters von China, als auch der friedlichen Beilegung der koreanischen Frage vorsah, zeigen, daß die herrschenden Kreise der Vereinigten Staaten darauf hinzielen, ganz Korea in Besitz zu nehmen und nicht einmal von der Beendigung der Aggression, von der Beendigung der bewaffneten Interventionen und der militärischen Operationen etwas hören wollen. Durch diese Handlungen zeigen sie vor der Welt ihre Absicht, den bewaffneten Kampf fortzusetzen, ihre Intervention durchzuführen, ihre Aggression gegen die Koreaner und gegen andere asiatische Völker aufrecht zu erhalten ...“

Das Ziel der amerikanischen Resolution ist seinem Inhalt nach die Fortführung des Krieges, die Fortsetzung der Aggression der Vereinigten Staaten und nicht, wie der Vertreter der Vereinigten Staaten zu unterstellen vorgab, der Vereinten Nationen, die Fortsetzung des rohen, unversöhnten, ungesetzlichen und vollständig ungerechtfertigten Angriffes der von den herrschenden Kreisen der Vereinigten Staaten gegen das koreanische Volk begonnen wurde. Die Resolution, die von dem Vertreter der Vereinigten Staaten eingebracht wurde, hat die Fortführung und Intensivierung dieser Aggression und die Erweiterung ihres Rahmens zum Ziel.

Nachdem die Regierung der Vereinigten Staaten diese Aggression begann und sie nach anfänglichen Vorbereitungen zu direkten Handlungen überging, macht sie jetzt alle Anstrengungen, ihren Rahmen zu erweitern, den Krieg in einem zunehmend größeren Ausmaß zu führen, so viele Regierungen wir irgend möglich in diesen Aggressionskrieg nicht nur gegen das Volk von Korea, sondern auch gegen die Völker von China, Vietnam und den Philippinen mit hineinzuziehen.

Dieser Kriegspolitik stellte Malik die Friedenspolitik der Sowjetunion gegenüber, an der das Land des Sozialismus seit 33 Jahren unerschütterlich festhält:

„Es ist völlig offensichtlich, — und Mr.

Austin hat es sogar heute in der Hitze der Diskussion zugegeben; — er fürchtet, daß es vielleicht den Anschein haben könnte, als ob die Sowjetunion der Befürworter einer friedlichen Beilegung der koreanischen Frage sein könnte. Das ist es, was Mr. Austin erschreckt.

Ja, Mr. Austin, die Sowjetunion und ihre Regierung verfolgt unter der Führung des großen Generalissimus Stalin eine Politik des Friedens, eine Politik der Freundschaft zwischen den Völkern. Sie wird fortfahren, für eine friedliche Lösung einzutreten, für den Kampf gegen die Aggression, für die Beendigung der ungeheuerlichen Akte der Aggression, die jetzt von den Vereinigten Staaten von Amerika gegen das koreanische Volk durchgeführt werden und für die sofortige Behandlung der Frage der friedlichen Beilegung der koreanischen Frage durch den Sicherheitsrat.

Der Vorschlag der Regierung der UdSSR fordert in voller Übereinstimmung mit ihrer Friedenspolitik, daß die Vereinten Nationen und der Sicherheitsrat als ein Instrument des Friedens und nicht des Krieges benutzt werde, wie die herrschenden Kreise in den Vereinigten Staaten dies gerne möchten ...“

Der amerikanische Krieg

Ein Interview zwischen Kim Ir Sen und dem Korrespondenten der „Humanité“

Ein Interview zwischen Kim Ir Sen und dem Korrespondenten der „Humanité“ Der Präsident des Ministerrats der Volksrepublik Korea und der Oberkommandierende der koreanischen Streitkräfte Kim Ir Sen, gab dem Korrespondenten der Pariser Zeitung „Humanité“ das nachfolgende Interview:

Frage: Wie schätzen Sie die militärische Lage in Korea nach den Kämpfen eines Monats ein?

Antwort: Das koreanische Volk wollte diesen Krieg nicht. Die demokratischen Kräfte des Landes kämpften für die friedliche Vereinigung Koreas. Aber die koreanische Reaktion, die auf Befehl des amerikanischen Imperialismus handelte, entfesselte den Bürgerkrieg. Dokumente, die von der Volksarmee in Seoul erbeutet wurden, beweisen, daß der von der Armee Syngman Rhee begonnene Krieg, unter Führung der amerikanischen Militärmission in Seoul von langer Hand vorbereitet wurde. Es ist jetzt ganz klar, daß sich die amerikanischen Imperialisten, als sie den Bruderkrieg in Korea provozierten, Ziele setzten, die viel weiter gingen, als Korea zu erobern. Die amerikanischen Imperialisten brauchten diesen Krieg nicht nur als Vorwand zu einer bewaffneten Intervention in Korea, sondern gleichzeitig, um die Ausdehnung der amerikanischen Aggression auf andere Teile Asiens zu ermöglichen. Was die Clique Syngman Rhee betrifft, so brach sie aus zwei Gründen den Krieg vom Zaun: sie handelte auf Befehl ihrer amerikanischen Herren und sie rechnete mit militärischen Erfolgen, die es ihr gestatten sollten, ihre mehr als brüchige Lage zu verstärken.

Als die amerikanischen Imperialisten den Krieg

in Korea vom Zaun brachen, haben sie aber offensichtlich die Kräfte des koreanischen Volkes unterschätzt. Während eines Monats militärischer Operationen hat die Volksarmee mit der aktiven Unterstützung des Volkes und der Partisanen drei Viertel des Territoriums Südkoreas befreit, die Armee Syngman Rhee zerschlagen, einen bedeutenden Teil der amerikanischen Truppen in Korea (insbesondere die 24. amerikanische Division, die vollständig aufgegeben wurde) vernichtet, und sie setzt ihre Offensive mit Erfolg fort. Die Volksarmee ist im Kampf härter geworden, sie hat Erfahrungen gesammelt und ist noch mächtiger als vorher.

Frage: Glauben Sie, daß dieser Aggressionskrieg von langer oder kurzer Dauer sein wird?

Antwort: Wenn die ausländische Intervention nicht stattgefunden hätte, wäre der Krieg in Korea schon beendet. Die amerikanische Aggression verlängert den Krieg zweifello. Wir rechnen nicht mit einem leichten Sieg. Das koreanische Volk hat aber den festen Entschluß gefaßt, die Eindringlinge aus Korea zu verjagen und es wird gegen die amerikanischen Aggressoren bis zum Endsieg kämpfen.

Frage: Welches sind die Ursachen der Siege der Volksarmee über die Kräfte des amerikanischen Imperialismus?

Antwort: Die Siege der Volksarmee sind vor allem auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Armee für eine gerechte Sache, für die Freiheit und Unabhängigkeit ihres Vaterlandes gegen die amerikanischen Eindringlinge und ihre Agenten kämpft. Jeder Soldat der Volksarmee weiß dies. Das koreanische Volk, das schon einmal ein Ko-

von New York zu protestieren, das vor wenigen Tagen den Berufungsantrag der elf leitenden Funktionäre der Kommunistischen Partei der USA abgelehnt und die Urteile somit bestätigt hat.

„Wir rufen unsere Landsleute auf“, so heißt es in dem Appell, „die Annullierung dieses unheilvollen Beschlusses zu fordern und gegen jede Verletzung der demokratischen Rechte der amerikanischen Bürger zu protestieren. Mit dem Beschluß des Berufungsgerichts wird nicht nur ein verfassungswidriges Gesetz sanktioniert, sondern der Weg für zahlreiche Übergriffe und Verfolgungen amerikanischer Demokraten geebnet. Dabei werden die Machthaber in Washington keinen Unterschied zwischen ihren kommunistischen und parteilosen Gegnern machen.“ Der Kampf um die Befreiung der elf Funktionäre der Kommunistischen Partei sei untrennbar mit dem Kampf des ganzen Volkes für Frieden, Demokratie und wirtschaftliche Sicherheit verbunden.

28 USA-Soldaten

wegen „Meuterei“ erschossen

Auf Befehl McArthurs sind bei den USA-Interventionsstreitkräften in Korea sogenannte „Sicherheitseinheiten“ aufgestellt worden, deren Aufgabe die „Hebung der Kampfmoral der USA-Truppen“ ist. Einer Telepress-Meldung zufolge haben wiederholt amerikanische Soldaten in Frontstellungen die Ausführung von Befehlen verweigert, 28 USA-Soldaten wurden bereits wegen „Meuterei“ auf direkte Anweisung McArthurs erschossen. (V.E.)

SPD-Abgeordneter für Handel mit der DDR

Watenstedt-Salzgitter. (dpa.) In einer Versammlung in Watenstedt-Salzgitter sprach sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Karl Bielig für eine wirtschaftliche Verbindung mit der DDR aus.

lonialjoch ertragen mußte, will nicht Sklave der amerikanischen Imperialisten werden. Die Volksarmee kämpft mit der ständigen Unterstützung und Hilfe des koreanischen Volkes und auch mit der Solidarität und der Unterstützung durch die ganze fortschrittliche Menschheit. All dies verstärkt das Kraftbewußtsein der Kämpfer und unseres ganzen Volkes und erweckt heldenhafte Taten. Darüber hinaus muß man bemerken, daß die Volksarmee gut bewaffnet und gut ausgerüstet ist.

Frage: Warum kämpft die amerikanische Armee in Korea?

Antwort: Um das koreanische Volk zu knechten und es unter die Herrschaft der amerikanischen Monopolisten zu bringen. Die amerikanische Armee in Korea führt einen Aggressionskrieg, einen ungerechten Krieg. Ist ein solcher Krieg für das amerikanische Volk und die amerikanischen Soldaten notwendig? Nein, er ist nicht notwendig. Und es ist daher nicht erstaunlich, daß die amerikanischen Soldaten schlecht kämpfen und sich zu Hunderten ergeben.

Frage: Wie schätzen Sie die Bewegung zur Unterstützung des Kampfes des koreanischen Volkes und gegen die amerikanische Intervention ein, die sich in allen Ländern entwickelt?

Antwort: Die ganze fortschrittliche Menschheit ist ertrübt über die Handlungen der amerikanischen Aggressoren in Korea. In allen Ländern rufen Millionen von Menschen mit mächtiger Stimme: „Hände weg von Korea“ und drücken damit ihre internationale Solidarität aus, die dem koreanischen Volk Auftrieb gibt und ihm neue Kräfte im Kampfe für die Freiheit und Unabhängigkeit seines Landes zuführt.

Der nationale Widerstand gegen die Zerstörung Westdeutschlands

Auszüge aus dem Referat des Generalsekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, vor dem Berliner Parteikollegium

Auf der Tagung des Berliner Parteikollegiums sprach am Donnerstag, den 3. August, der Generalsekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht. Seinen richtungweisenden Ausführungen entnehmen wir nachstehende Auszüge:

Für den Kampf um den Frieden und für die Erhaltung des Friedens hat das deutsche Volk eine besondere Verantwortung, weil der amerikanische Imperialismus die Traditionen des deutschen Militarismus in Westdeutschland für seine Eroberungsziele auszunutzen will. Das bedeutet, Westdeutschland vollständig dem Ruin preiszugeben.

Worin besteht die nationale Frage in Deutschland?

Die nationale Frage besteht darin, daß die Einheit der Nation und die nationale Kultur unmittelbar bedroht sind durch die Spaltungspolitik und die Bestrebungen der amerikanischen Imperialisten auf Einführung der sogenannten „amerikanischen Lebensweise“ in Deutschland. Die amerikanischen Imperialisten haben nicht nur Deutschland gespalten, sondern die Vorbereitungen getroffen, Westdeutschland in eine tote Zone zu verwandeln, und sie tun alles, um das Nationalbewußtsein des deutschen Volkes zu zerstören. Angesichts dieser Gefahr hat der III. Parteitag der SED im Sinne des Programms der Nationalen Front des demokratischen Deutschland die Arbeiterklasse und alle patriotischen Kräfte in Westdeutschland zum Kampf aufgerufen um die Rettung der Nation, gegen die Versklavung durch den anglo-amerikanischen Imperialismus.

Orientierung auf ein einiges, demokratisches Deutschland

Schon früher haben wir auf die Frage, wohin wir uns orientieren, geantwortet: Wir orientieren uns auf ein einiges demokratisches Deutschland. Diese Orientierung gilt heute erst recht. Noch vor wenigen Monaten erklärten die anglo-amerikanischen Agenturen und ihre Bediensteten, die Adenauer, Kaiser und Schumacher, daß auch das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik an Westdeutschland angegliedert werde. Anscheinend haben die Herren diese Hoffnungen nun endgültig aufgegeben und haben gelernt, das Kräfteverhältnis in Deutschland doch etwas realer einzuschätzen.

Heute kann jeder Deutsche erkennen, wie die amerikanischen Machthaber mit Hilfe des Marshall-Planes die deutsche Konkurrenzindustrie zu drosseln suchen. Mit Hilfe des Schuman-Planes wollen sie die westdeutschen Werktätigen tributpflichtig machen für die amerikanischen Konzernherren. Breite Kreise der Arbeiterschaft sehen, daß die Arbeitslosigkeit nur beseitigt werden kann durch enge Zusammenarbeit mit der Deutschen Demokratischen Republik. Viele Unternehmer in Westdeutschland treten offen für ein neues Rapallo ein.

Was bedeutet das unter den heutigen Verhältnissen? Unter den Bedingungen der Existenz der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Verbundenheit mit der Sowjetunion und den anderen Ländern der Planwirtschaft bedeutet Rapallo die Herstellung enger wirtschaftlicher Beziehungen der Wirtschaftsinteressen Westdeutschlands mit den Organen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik.

Viele Bürger in Westdeutschland bemühen sich, aus der anglo-amerikanischen Zange herauszukommen und orientieren sich auf die Zusammenarbeit mit der Deutschen Demokratischen Republik. Aus der anglo-amerikanischen Zange können sie jedoch nur herauskommen, wenn sie selbst alles tun, um diese Zange zu schwächen. Deshalb dürfen sie in keiner Weise die anti-sowjetische und antipolitische Hetze der anglo-amerikanischen Journaille unterstützen, denn damit schaden sie sich selbst. Wer Westdeutschland retten will, der darf unter keinen Umständen den Schuman-Plan unterstützen, denn Schuman-Plan bedeutet Verzicht auf die Souveränität Deutschlands, bedeutet nationaler Verrat.

Jeder Bürger in Westberlin und Westdeutschland möge darüber nachdenken, daß die Lösung des europäischen Staatenbundes doch nichts anderes sein kann als der Zusammenschluß einer kleinen Gruppe von profitgierigen Konzern- und Bankherren, die unter der Führung des USA-Finanzkapitals die westeuropäischen Länder ausbeuten wollen.

Das zeigt schon ein Blick auf die deutsche Delegation, die in Paris an den Schumanplanverhandlungen teilnimmt. Da finden wir ausschließlich bekannte Vertreter des deutschen Finanzkapitals, solche Kriegerverbrecher wie Direktor Abs von der früheren deutschen Bank, Pferdmeines vom Bankhaus Oppenheim, Dr. Merton von der Me-

Die anglo-amerikanische Presse sagt, auf dem Parteitag hat ein „scharfer Wind gegen den Westen“ geweht. Das ist nicht ganz richtig. Der scharfe Wind richtete sich nicht „gegen den Westen“, sondern nur gegen die anglo-amerikanischen Besatzungsmächte, die kein Recht haben, sich weiter in Westdeutschland aufzuhalten (lebhafter Beifall), weil sie nur Bedienstete des amerikanischen Finanzkapitals sind, die die Aufgaben haben, Westdeutschland wirtschaftlich zu ruinieren und in eine Militärbasis zu verwandeln.

Der Parteivorsitzende Otto Grotewohl sagte in seinem Referat auf dem Parteitag:

„Die westlichen Besatzungsgruppen befinden sich nicht mehr auf dem Boden Deutschlands zur Durchführung der ihnen im Potsdamer Abkommen zugewiesenen Aufgaben, nämlich der Demokratisierung Deutschlands und der Verhinderung einer neuen Aggression, sondern sie dienen in Durchführung ihres Kalten Krieges einer dem internationalen Abkommen fremden Aufgabe. Die westlichen Besatzungsgruppen haben damit den Charakter einer Besatzungstruppe völlig verloren und sind zu einer nackten Interventionsarmee, mit dem Ziel der nationalen Unterdrückung und der Schaffung eines militärisch-strategischen Aufmarschgebietes in Westdeutschland, geworden, zur Entfesselung eines neuen Krieges gegen die Sowjetunion, gegen das demokratische Deutschland und die Länder der Volksdemokratie.“

talgesellschaft, einem Organ des IG-Farbenvereins. Der alte Reaktionär Hermann Reusch von der Gute-Hoffnung-Hütte, die Vertreter des Mannesmann-Konzerns und des Stahltrübs sind selbstverständlich auch dabei. Das heißt, mit den Verhandlungen zum Schumanplan wurden von westdeutscher Seite aus vor allem solche Konzernvertreter beauftragt, in deren Betrieben das amerikanische Kapital stark vertreten ist.

Die amerikanischen Imperialisten erklären: „Nationalwirtschaften sind überlebt.“ Die Bevölkerung Westdeutschlands hat in der Beziehung einige Erfahrungen. Ihre Bonner Protektorsverwaltung hat unter der Losung der „Liberalisierung des Außenhandels“ die Einfuhr billiger und schlechter amerikanischer Waren nach Deutschland erlaubt und damit die eigene Industrie und die eigene Landwirtschaft geschädigt. Die Losung der europäischen Staatenvereinigung und der Beseitigung der Nationalwirtschaften heißt nichts anderes, als die europäischen Länder für die amerikanische Konkurrenz öffnen.

Wir sind umgekehrt der Meinung, daß die demokratische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung auf der Grundlage der Nationalstaaten die Voraussetzung ist für die Blüte der Wirtschaft in den einzelnen Ländern und für eine enge friedliche Zusammenarbeit zwischen den Völkern und Staaten. Die Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den volksdemokratischen Staaten sowie mit der Deutschen Demokratischen Republik basiert auf diesen Grundsätzen.

Wir haben das Recht zum nationalen Widerstand

Aus diesen Darlegungen ergibt sich, daß außer einer kleinen Gruppe deutscher Monopolkapitalisten, die mit dem amerikanischen Monopolkapital verbunden sind, die ganze Masse des deutschen Volkes an der nationalen Befreiung von der anglo-amerikanischen Sklaverei interessiert ist. Otto Grotewohl hat in seiner Rede auf dem III. Parteitag hervorgehoben, daß die Nationalen Front „angesichts der Spaltungs-, Kolonialisierungs- und Kriegspolitik des anglo-amerikanischen Imperialismus und seiner deutschen Handlanger den nationalen Widerstand führen muß“. Er hat anschließend im einzelnen gesagt, wie dieser nationale Widerstand entwickelt werden kann.

Wir leiten das Recht zum nationalen Widerstand aus den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz ab

Diese besagen, daß Deutschland demokratisiert und entmilitarisiert werden sollte. Es sollte als wirtschaftliche Einheit behandelt und die Bildung einer deutschen Regierung vorbereitet werden. Entgegen den Potsdamer Beschlüssen haben sich die amerikanischen Imperialisten in Bonn eine Protektorsverwaltung geschaffen. Es ist das nationale und demokratische Recht des deutschen Volkes, die Gesetze und Verordnun-

gen dieser Bonner Verwaltung zu mißbilligen.

Wenn in den letzten Tagen amerikanisch lizenzierte Zeitungen Westberlins vorge schlagen haben, die Bonner Verwaltung solle nach der Hauptstadt Deutschlands, nach Berlin, übersiedeln, so zeigt dieser Vorschlag, daß diese Leute die Lage nicht mehr ganz richtig einschätzen. Wir sind der Meinung, daß Herr Adenauer sowieso längere Zeit nach Berlin kommen wird. Die Dauer seines Aufenthaltes wird allerdings ein deutsches Volksgericht bestimmen, vorausgesetzt, daß ihn nicht schon vorher ein amerikanisches Flugzeug nach Südamerika in die Emigration bringt.

Was heißt nationalen Widerstand?

Nationaler Widerstand — das heißt, jeder patriotische Deutsche hat die Pflicht, alles zu tun, was der Verhinderung der Militarisierung Westdeutschlands dient.

Das Neue in der Lage besteht darin, daß nach der wesentlichen Erfüllung des Zweijahresplans bis zum III. Parteitag der SED nunmehr der Parteitag einen Fünfjahresplan beschließen konnte, durch den ein leuchtendes Beispiel für ganz Deutschland geschaffen wird. In der Weimarer Zeit konnten wir nur durch das Aufstellen programmatischer Forderungen, durch Agitation und durch Vertretung der täglichen Interessen der Werktätigen diese von der Notwendigkeit des Kampfes gegen die kapitalistische Wirtschaftsform zu überzeugen. Jetzt schaffen wir in der Deutschen Demokratischen Republik das lebendige, überzeugende Beispiel für ganz Deutschland.

Im Fünfjahresplan haben wir uns das Ziel gestellt, eine industrielle Entwicklung jährlich zu erreichen, welches für kein kapitalistisches Land erreichbar ist. Dieses Tempo ist unvergleichlich größer als das industrielle Wachstum in der Zeit der Hochkonjunktur des imperialistischen Deutschlands. Schon jetzt ist unser Vorsprung sichtbar. Zur gleichen Zeit, wo wir den Fünfjahresplan begründeten, der die Ueberlegenheit der Wirtschaftspolitik gegenüber der wirtschaftlichen Unordnung in Westdeutschland beweist, zur selben Zeit, wo ich über die Erhöhung der Löhne, über die Senkung der Preise, über die Verbesserung der Lage der Bergarbeiter berichten konnte, wurden in Westdeutschland die Preise erhöht, die Reallohn der Arbeiter gesenkt, und überall spricht man von der Dauerarbeitslosigkeit.

Wer kann daran zweifeln, daß jeder Mensch in Westdeutschland, der nicht direkt im Dienst der anglo-amerikanischen Besatzungsbehörden steht oder durch amerikanische Kapitalanlagen in seinen Konzernbetrieben mit dem amerikanischen Imperialismus verbunden ist, sich letzten Endes für die Wirtschaftspolitik der Deutschen Demokratischen Republik und gegen die Wirtschaftspolitik der anglo-amerikanischen Imperialisten in Westdeutschland und ihrer Bonner Prokuristen entscheiden wird? Das um so mehr, als die westdeutsche Bevölkerung anerkennen muß, daß bei uns die faschistischen Kriegsverbrecher bestraft und die alten Rüstungsinteressen enteignet wurden, so daß die Grundlagen einer friedlichen Entwicklung für immer geschaffen sind. Westdeutschland jedoch hat unter der anglo-amerikanischen Besatzung keine friedliche Perspektive.

In einer Besprechung, die der amerikanische Rundfunkkommentator Emmet in Hamburg organisiert hatte, sagte er, daß es nach 1952 keine direkte Geldhilfe der USA für Westdeutschland geben wird, sondern nur

Verhindert die Kriegsproduktion und die Remilitarisierung Westdeutschlands!

eine indirekte. Diese bestehe z. B. in der Finanzierung der westdeutschen Rüstungsproduktion.

Selbst westdeutsche Großunternehmer sind vor dieser Perspektive erschrocken, denn sie wissen, daß Rüstungsproduktion in Westdeutschland Krieg bedeutet und den Ruin Westdeutschlands, also den Unternehmern der Rüstungsindustrie selbst das Leben kosten wird. Deshalb sind nicht nur die Werktätigen gegen diesen Rüstungsplan, sondern auch der größte Teil der Unternehmer. Ihnen wäre es lieber, Produktionsaufträge der Deutschen Demokratischen Republik für friedliche Zwecke zu übernehmen, als eine solche Todesproduktion für die amerikanischen Kriegsinteressen auszuführen.

Angesichts des offenkundigen Bankrotts der Politik der westdeutschen Protektorsverwaltung und der sozialdemokratischen

Nationaler Widerstand — das heißt, Verhinderung der Einfuhr amerikanischer Waren, die in Deutschland selbst hergestellt werden können, Verhinderung der Einfuhr amerikanischer Lebensmittel, die von deutschen Bauern und in der deutschen Lebensmittelindustrie selbst erzeugt bzw. verarbeitet werden.

Alle Maßnahmen der Bonner Verwaltung und der anglo-amerikanischen Hintermänner sind zu durchkreuzen, die das Ziel haben, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschland zu schwächen.

Nationaler Widerstand — das heißt, einen entschiedenen Kampf führen für den Schutz der deutschen Kultur, gegen die amerikanische Gangsterkultur, gegen ihre Wettänze und Affentänze, gegen die barbarischen amerikanischen Kriminal- und sonstigen Räuberfilme.

Nationaler Widerstand — das heißt, Verhinderung jeder weiteren Demontage in Westdeutschland mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, da nach den Potsdamer Beschlüssen Demontagen bis Anfang 1948 beendet sein mußten.

Nationaler Widerstand — das heißt Kampf um das Recht auf Arbeit, Erzwingung der Einstellung der erwerbslosen Arbeiter und vor allem der Jungarbeiter in die Betriebe durch Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik.

Nationaler Widerstand — das heißt Kampf gegen alle Formen und Methoden des Einflusses der englischen und amerikanischen Imperialisten auf die deutsche Wirtschaft oder auf einzelne Betriebe.

Nationaler Widerstand — das heißt in Westberlin Nichtanerkennung irgendwelcher Anweisungen von Bonn und Nichtanerkennung der vom amerikanischen Bürgermeister Reuter erlassenen Anordnungen.

Der Fünf-Jahr-Plan und seine nationale Bedeutung

Führung ist nun Schumacher auf die geniale Idee gekommen, die westdeutschen Großkapitalisten zu bitten, doch einige Konzessionen in bezug auf Löhne, Preise und Mitbestimmungsrecht zu machen. Er begründet diese Bitte damit, daß die SPD- und Gewerkschaftsführer bisher, doch die Arbeiter-



Die Bombe fiel...

So darf es nicht wieder kommen. Die Atombombe muß geächtet und der Krieg verhindert werden.

Alle Möglichkeiten für den Sieg der Nationalen Front sind vorhanden

Heute können wir sagen, daß nicht nur die Zeit der Erfolge begonnen hat, sondern, daß nach der Erfüllung des Zweijahresplans das Leben des arbeitenden Volkes bei uns gesichert ist.

Wir können sagen, daß alle Möglichkeiten für den Sieg der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vorhanden sind. Die Erfolge der Deutschen Demokratischen Republik werden bis ins Ruhrgebiet, bis nach Hamburg, bis nach München dringen und bis in die entlegensten Bauernhöfe Niedersachsens, Oldenburgs und Süddeutschlands bekannt werden. Wir schaffen das Beispiel des friedlichen Aufbaus und beweisen, daß es möglich ist, ein einiges, friedliches, demokratisches und starkes Deutschland zu schaffen. Ein Deutschland, das stark ist durch die hohe Qualität der Arbeit seiner schaffenden Menschen, durch ihr hohes Bildungsniveau, das stark ist durch die Fortschritte der Agrarwissenschaft und durch die feste, unverbrüchliche Freundschaft zur Sowjetunion und zu den volksdemokratischen Ländern. Dieses unser Beispiel wird dazu beitragen, das Kräfteverhältnis in Deutschland zugunsten der friedliebenden, demokratischen Kräfte, zugunsten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zu ändern. (Beifall.)

Ich möchte schließen mit dem Ruf:

Es lebe der gemeinsame, organisierte Kampf aller friedliebenden Deutschen für die Erhaltung des Friedens, für das Verbot der Atombombe, gegen die Verwandlung Westberlins und Westdeutschlands in eine Kriegs- und Atombombenbasis des amerikanischen Imperialismus!

Es blühe und gedeihe die Deutsche De-

schafft ruhig gehalten hätten und daß es notwendig sei, dafür ein gewisses Entgegenkommen zu zeigen.

Damit haben die Schumacher und Böckler selbst den arbeitferndlichen Charakter ihrer Politik enthüllt. Gerade dadurch, daß sie die Arbeiter veranlaßt haben, stillzuhalten, die Versklavungsmaßnahmen der anglo-amerikanischen Besatzungsmächte hinzunehmen und die volkfeindliche Politik der Bonner Minister zu dulden, wurden diese ermuntert, sogar die Brotpreise zu erhöhen und die Reallohn zu senken. Dafür tragen Schumacher und Böckler die volle Verantwortung.

Die gemeinsamen Aktionen der Arbeiter von Watenstedt-Salzgitter und in einigen großen Betrieben des Ruhrgebietes zeigen, daß die bewußten Kräfte der Arbeiterschaft jetzt erkannt haben, daß überall die Aktions-einheit geschaffen werden muß zur Verteidigung der Lebensinteressen der Arbeiter, zum Kampf für höhere Löhne, zum Kampf gegen die Preissteigerung, zum Kampf gegen Demontagemassnahmen und für die Einstellung der Erwerbslosen in die Betriebe. (Beifall.) Angesichts dieser krisenhaften Entwicklung in Westdeutschland zeigt unser Fünfjahresplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft dem ganzen schaffenden Volke in Westdeutschland den Ausweg und wird es ermuntern und begeistern für den großen nationalen Kampf gegen die Diktatur der anglo-amerikanischen Kriegstreiber und ihre Adenauer-Clique.

demokratische Republik mit unserem Präsidenten Wilhelm Pieck an der Spitze! (Die Versammelten erheben sich und klatschen minutenlang Beifall.)

Es lebe die gemeinsame Arbeit aller schaffenden Deutschen für die Durchführung des Fünfjahresplans!

Es lebe der Kampf der friedliebenden Kräfte in Berlin für ein einiges, demokratisches Berlin als Hauptstadt des friedliebenden, demokratischen Deutschlands!

Es lebe die feste Freundschaft des deutschen Volkes mit dem Sowjetvolk und mit unserem großen Lehrer und Freund Josef Wissarionowitsch Stalin! (Die Schlußsätze werden stehend angehört und immer wieder von Beifallskundgebungen unterbrochen.)

Über die deutsche Zukunft

„Die deutsche Zukunft kann niemals außerhalb Deutschlands liegen, niemals im Kaukasus oder in Afrika, in Polen, in Frankreich, in der Tschechoslowakei, sondern stets nur in der fortschrittlichen Entwicklung in Deutschland selbst. Dort in der Fremde liegen nur die deutschen toten Soldaten, aufgeopfert für sogenannten „Lebensraum“, hier, in der Heimat, leben die wahren deutschen Möglichkeiten, vorübergehend verschüttet durch die Katastrophe, aber unvergessbar und unerlöschlich, wenn sich das deutsche Volk ihnen zuwendet. In einer Sucht nach Ausdehnung hat Deutschland sich selber verloren, in der Konzentration seiner Kräfte, innerhalb der gegebenen Grenzen wird es sich wiederfinden.“

Otto Grotewohl

Die Versorgung wird in der DDR planmäßig verbessert

... noch in diesem Jahr

Auf Grund der vorfristigen Erfüllung des Zweijahresplans zu Ehren des III. Parteitags der SED wird es möglich sein:

1. ab 1. Oktober die Rationierung von Kartoffeln aufzuheben;
2. die Verkaufspreise der staatlichen Handelsorganisation (HO) noch in diesem Jahr weiter zu senken;
3. ab 1. September die Rationen für Fleisch und Fett beträchtlich zu erhöhen; die monatliche Mehrbelieferung wird dabei betragen bei:

Lebensmittelgrundkarten	Fleisch	Fett
Kindern bis zu 9 Jahren	450 g	450 g
Kindern von 9 bis 15 Jahren	300 g	300 g
Zusatzkarte D	450 g	450 g
Gemeinschaftsverpflegung	300 g	300 g
Werkstättenverpflegung	450 g	450 g

(außerdem Nährmittel: 600 g) 510 g — (in Berlin gelten für einige Gruppen andere Sätze.)

4. mit Hilfe der zusätzlichen Lieferungen von 8000 Tonnen Baumwolle aus der Sowjetunion, 1.400.000 Paar Lederschuhen aus der Tschechoslowakei und 100.000 Paar Arbeitsschuhen aus Ungarn für die werk-

tätige Bevölkerung der DDR die Versorgung mit Textilien und Schuhen wesentlich zu verbessern;

5. ab 1. September die Renten für Alte und Waisen zu erhöhen;
6. ab 1. September in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben eine allgemeine Lohnerhöhung von 8 bis 15 Prozent durchzuführen; in einigen Schwerpunktbetrieben (Bergbau) werden diese Lohnerhöhungen sogar bis 30 Prozent betragen.

Diese wesentlichen Verbesserungen in der Versorgungslage noch in diesem Jahr zeigen, daß die Erfolge der Produktion tatsächlich den Werktätigen in der DDR zugute kommen.

... während des Fünfjahresplans

Aber dies ist erst der Anfang. Auf Grund des kommenden Fünfjahresplans wird es — wie Walter Ulbricht in seiner großen Rede auf dem III. Parteitag der SED ausführte — gelingen, das Lebensniveau des Volkes bedeutend über den Lebensstandard im imperialistischen Deutschland zu erhöhen.

In der Zeit des Fünfjahresplans (1951 bis 1955) wird:

1. eine Erhöhung des Arbeitslohnes in der gesamten Volkswirtschaft um 16,8 Prozent und in der Industrie um 20 Prozent gegenüber dem Stand von 1950 eintreten;
2. die Preise für Nahrungsmittel und Artikel des Massenbedarfs um mindestens 28 Prozent gesenkt;
3. eine wesentliche Senkung der Steuern für die Werktätigen erfolgen;
4. Ende 1951 oder Anfang 1952 die Rationierung für Fleisch, Fisch, Milch, Fett und Eier aufgehoben und ein einheitliches Preisniveau erreicht;
5. der jährliche Verbrauch an Lebensmittel je Kopf der Bevölkerung wie folgt gesteigert:

	Jahresdurchschnitt	1936	1952	1955
Mehl und Nährmittel	109,2	121	109,2	kg
Fleisch	46,8	38	50,4	kg
Trinkmilch	127	100	130	l
Zucker	22,9	23	23	kg
Kartoffeln	170,8	180	171	kg
Kaffee geröstet	1,9	1,3	1,9	kg
6. die Versorgung mit Kleiderstoffen verdoppelt, mit Lederschuhen verdreifacht und mit Trikotasen mehr als verdreifacht; <tr><td>7. das Volkseinkommen auf mehr als 160 Prozent gegenüber 1950 ansteigen.</td></tr>	7. das Volkseinkommen auf mehr als 160 Prozent gegenüber 1950 ansteigen.			
7. das Volkseinkommen auf mehr als 160 Prozent gegenüber 1950 ansteigen.				

Zum 50. Todestag Wilhelm Liebknechts

So wie Marx und Engels, Lenin und Stalin eine untrennbare Einheit bilden, so auch Wilhelm Liebknecht und August Bebel. Wilhelm Liebknecht, dessen Todestag sich am 7. August zum fünfzigsten Mal jährte, gehört zu den markantesten Führern des deutschen und internationalen Proletariats in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts. Er, der Vater unseres unvergesslichen Karl Liebknecht, stand an der Wiege der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Er ist mit ihr gewachsen und groß geworden.

Wilhelm Liebknecht, am 29. 3. 1826 zu Gießen geboren, entstammte einer Beamtenfamilie. Eine Selbstbiographie gab er 1872 vor dem Schwurgericht Leipzig, als dort gegen ihn, Bebel und Hepper der berühmte Hochverratsprozess verhandelt wurde, in welchem Liebknecht und Bebel zu je zwei Jahren Festungshaft verurteilt wurden. Schon auf dem Gymnasium lernte er die Schriften des großen französischen utopischen Sozialisten Saint Simons kennen, die

Als nach dem Sturz der französischen Monarchie der Krieg zu einem preußischen Eroberungskrieg geworden war, lehnten sie die Kriegskredite ab und forderten „daß unter Verzichtleistung auf jede Annexion französisches Gebietes mit der französischen Republik schleunigst Frieden geschlossen werde“.

Diese klare und die imperialistische Politik entlarvende Haltung versetzte die gesamte Reaktion, an ihrer Spitze den Junker Bismarck, in helle Wut. Der Leipziger Prozeß war der Ausdruck dafür. Doch dieser Prozeß wurde kein Strafgericht über die Partei, sondern ihr Triumph.

Ein Staat, wie das Bismarcksche Preußen-Deutschland ist durch seinen Ursprung mit fatalistischer Notwendigkeit dem gewaltsamen Untergang geweiht. Auf dem Schlachtfeld geboren, das Kind des Staatsstreichs, des Krieges, der Revolution von oben, muß es ruhelos von Staatsstreich zu Staatsstreich, von Krieg zu Krieg eilen, und entweder auf dem Schlachtfeld zerbröckeln oder der Revolution von unten erliegen. Das ist Naturgesetz. (Leipziger Hochverratsprozeß, S. 459)

Wenn sich diese kühne Voraussage Wilhelm Liebknechts erst nach fast 50 Jahren erfüllte, so ist das in erster Linie die Schuld der rechten sozialdemokratischen Führer, die 1918 alles taten, um das imperialistische Preußen-Deutschland zu erhalten.

Wilhelm Liebknecht schloß die vor Gericht von ihm selbst gegebene Biographie mit den Worten:

„Wenn ich nach unerhörten Verfolgungen arm bin, so ist das keine Schande... nein, ich bin stolz darauf, denn es ist das beste Zeugnis für meine politische Ehre... Nennen Sie mich meinethalben einen Soldaten der Revolution — dagegen habe ich nichts. Ein zweifaches Ideal hat mir von Jugend an vorgeschwebt: das freie und einigende Deutschland und die Befreiung des arbeitenden Volkes, d. h. die Abschaffung der Klassenherrschaft, das gleichbedeutend ist mit der Befreiung der Menschheit. Für dieses Doppelziel werde ich kämpfen, so lange noch ein Hauch in mir ist. Das will die Pflicht!“ (Leipziger Hochverratsprozeß, S. 77)

Daß diese Worte keine leere Redensart waren, davon zeugt der unermüdete Kampf, den Liebknecht für die Sache des

werkstätigen Volkes führte. Mit der ganzen Werkkraft seiner Persönlichkeit, seines revolutionären Temperaments setzt er sich für das Entstehen der sozialistischen Arbeiterbewegung ein. Daß 1869 die Sozialdemokratische Partei gegründet u. 1875 die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung Wirklichkeit wurde, ist zum großen Teil sein Verdienst. Daß diese Einheit auf Kosten der theoretischen Klarheit und Reinheit ging, war vor allem seine Schuld; denn Liebknecht war faktisch der Schöpfer des unmarxistischen Gothier Programms, in dem alle Lassalleianischen Phrasen Eingang gefunden hatten. Er trug somit bei, daß der Lassalle-Kult in der deutschen Arbeiterbewegung weitgehende Blüten trieb und die opportunistische Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei mit begünstigte. Daß dieses Programm, das von Liebknecht selbst als ein Kompromiß-Programm bezeichnet wurde, nicht von langer Dauer sein konnte, wurde im Laufe der Entwicklung auch dem Schöpfer klar. Das Ende des Sozialistengesetzes war auch das Ende des Gothier Programms. Der Parteitag von Erfurt 1891 nahm das neue Programm an, das von Liebknecht begründet wurde. Daraus erkannte auch Liebknecht die Gefährlichkeit der opportunistischen Theorien, und wie er gegen vereinzelte anarchische Tendenzen in der Partei auftrat, so bekämpfte er auch die ersten Schritte des Opportunismus. Dazu führte er auf dem Erfurter Parteitag aus:

„Andererseits haben wir uns zu hüten vor dem Opportunismus. Der revolutionäre Charakter der Partei muß sorgsam bewahrt werden. Das Anpassen an die Verhältnisse darf nicht ausarten in feige, prinzipienlose Rechnungsträgererei. Des Prinzips und des Endziels muß sich die Partei bei allen Handlungen bewußt sein, und ihren revolutionären Charakter niemals vergessen, ihn stets zum Ausdruck bringen. Das ist es, was Volmar vergessen hat, daß ein Kompromiß zwischen Kapitalismus und Sozialismus nicht möglich ist.“ (Protokoll des Erfurter Parteitages, S. 209)

Als Wilhelm Liebknecht am 7. August 1900 starb, trauerten nicht nur die klassen-

bewußten Arbeiter Deutschlands, es trauerten die Sozialisten der ganzen Welt. 150 000 Menschen nahmen an seinem Begräbnis teil. So war noch keiner der Herrschenden zu Grabe getragen worden, wie Wilhelm Liebknecht, der „Soldat der Revolution“.

Er verkörperte, wie August Bebel, die alte Arbeiterbewegung mit all ihren Schwächen und opportunistischen Entartungen, aber auch mit ihren revolutionären marxistischen Traditionen. Die Kommunistische Partei Deutschlands stützt sich auf alle positiven und fortschrittlichen Traditionen der Partei Bebels und Liebknechts. Aber erst mit Hilfe der Lehren Lenins und Stalins, die den Marxismus weiterentwickelten und unter deren Banner die Arbeiterklasse auf einem Sechstel der Erde zum Siege geführt wurde, werden auch in Deutschland die Ziele verwirklicht werden, für die Bebel und Liebknecht kämpften.

Kulturnotizen

Zahlreiche Reste von Eisbeiden der Periode zwischen der zweiten und dritten Eiszeit, sowie Werkzeuge, die dem Höhlenmenschen zugeschrieben werden, wurden kürzlich in einer Höhle in der Hohen Tatra aufgefunden. Eine Gruppe polnischer Wissenschaftler wird sich demnächst zur weiteren Erforschung in diese Höhle begeben.

Eugenia Umńska, die bekannte polnische Geigenvirtuosin und -pädagogin, hat ihren Weiterfolgen mit ihrem kürzlichen, fünften Auftreten im Nachkriegsengland einen neuen hinzugefügt. Während ihres zweiwöchigen Aufenthaltes in London wurde die Künstlerin zu mehreren Aufnahmen für das BBC und „His Master's Voice“ mit Werken von Szymanowski und Szalowski verpflichtet.

Farbe und Licht in der Architektur

Die sowjetische Architektur ist ihrem Wesen nach optimistisch eingestellt. In den Straßen und an den Plätzen der sowjetischen Städte werden Wohnhäuser und öffentliche Gebäude errichtet, die mit ihren hellen Farben, einem reichen Farbenspiel und durch harmonische Proportionen das Auge erfreuen. Farbe und Licht sind bedeutsame Mittel der künstlerischen Ausdrucksfähigkeit. Eine helle, kraftvolle Farbe des Gebäudes wird immer eine muntere, freudige Stimmung hervorrufen, während eine finstere, eintönige Farbe bedrückend wirkt.

Die sowjetische Architektur macht in ihrem Schaffen weitgehend von Farbe und Licht Gebrauch. Dies kommt besonders in der Architektur der U-Bahnstationen in Moskau zum Ausdruck.

Die riesigen Hallen der U-Bahnstationen sind geradezu mit funkelnden Kostbarkeiten verziert. Hier sehen wir Marmor verschiedenen Farben und Schattierungen, angefangen von einem zarten Rosa bis zu einem dunklen Grau, roten und schwarzen Granit sowie Gold an den Kronleuchtern und Türumran-

dungen. Alles blitzt und funkelt. Unwillkürlich tauchen aus der Erinnerung Märchenbilder von den unterirdischen Schlössern auf, die die Volksphantasie mit Diamanten und Perlen ausschmückte.

Jeder Bahnhof, jede Halle erscheint uns als eine eigenartige Farbensymphonie. Blau mit Gold sind die Farben des U-Bahnhofs „Taganskaja“, in zartem Rosa mit Gold ist der Bahnhof „Kaluschkaja“ gehalten, und in einem Weiß mit Grau der Bahnhof „Park Kultury i Otdyha“ (Park der Kultur und Erholung).

Auf der U-Bahn wurden die neuesten Errungenschaften der Technik angewandt. So ist die ganze Fläche des Bahnhofs „Kurskaja“ von rosa-goldenem Licht erfüllt, das die Bronzekronleuchter ausstrahlen. Das Licht spiegelt sich an den Marmorwänden, in den Nischen und an den architektonischen Verzierungen wider. Inmitten dieser rosa-goldenen Farbenreflexe steht im Mittelpunkt eine riesige Säule, die die Decke stützt. Diese Säule erstrahlt ein grünlisches Innenlicht aus, und erst bei einer eingehenden Betrachtung kann man feststellen, daß das ganze Äußere nur einfacher Putz mit teilweise Verwendung von Reliefs und Marmor ist, die von besonderen Lampen angestrahlt werden.

Unwillkürlich erinnert man sich eines anderen Bahnhofs „Dworez Sowjetow“ (Palast der Sowjets), wo der Architekt dem Putz der Gewölbe ein silberweißes Aussehen gab. Das neuartige Licht gestaltet die Gegenstände völlig um und verleiht ihnen neue Eigenschaften. Es verändert unsere Aufnahmefähigkeit und erzeugt eine festliche Stimmung.

Die neue Station „Kurskaja“ gibt uns, ungeachtet dessen, daß dort weitgehend klassische Formen verwendet wurden, einen Einblick in die Architektur der Zukunft, wo die Errungenschaften der modernen Lichttechnik ein bedeutsames Mittel der Ausdrucksfähigkeit darstellen werden.

Das Licht in der Architektur verheißt märchenhafte Möglichkeiten. Aber nicht immer wird es richtig angewandt. Auf dem Bahnhof „Kaluschkaja“ endet die untere Halle mit einem Bogen, der mit einem durchbrochenen Metallgitter seinen scheinbaren Abschluss findet. Die Halle ist mit einfachen elektrischen Glühbirnen erleuchtet, die Fläche hinter dem Bogen erstrahlt in blauem Licht. Der Bogen wirkt besonders anziehend. Es scheint, daß hinter einem so schönen Gitter, von dem ein so außergewöhnliches Licht ausstrahlt, eine Welt neuer Wunder erstet. Diese Art vermittelt uns ein anschauliches Beispiel dafür, daß das Licht, ebenso wie die Architektur im ganzen, zufällige, rein dekorative Wirkungen nicht verträgt. Das Licht muß organisch mit der Architektur des Gebäudes, mit seiner Verwendung und mit der grundlegenden Idee der Schöpfung verbunden sein.

In der zeitgemäßen Architektur der westlichen Länder werden die Farbe und das Licht zu rein dekorativen, vorwiegend Reklametzwecken verwendet. Als Beispiel kann man die Internationale Ausstellung in New York im Jahre 1939 anführen, wo der Hauptanziehungspunkt ein Gebäude in Gestalt einer Kugel war. Durch eine besondere Beleuchtung entstand der Eindruck eines in der Luft hängenden Gebäudes. Reinen Reklametzwecken dient auch die phantastische Beleuchtung der Wolkenkratzer in den USA.

Die angeführten Beispiele zeigen, daß Licht und Farbe zur Schaffung einer wirklich realistischen Architektur beitragen können, gleichzeitig aber in der Lage sind, die Echtheit der Konstruktion, des Baumaterials und der künstlerischen Form anzuzweifeln.



Wilhelm Liebknecht

Ihm eine neue Welt eröffneten. Seine Hoffnung, nach Abschluß des Studiums an einer kleineren Universität, eine Professur zu erlangen, gab er bald auf. „Ich überzeuge mich, daß ich, ohne meine Grundideen zu opfern, nicht die mindeste Aussicht habe, die Lehrberechtigung zu bekommen. Im Jahre 1847 ging er in die Schweiz und nahm am politischen Leben des Deutschen Arbeitervereins in Zürich teil. Nach Ausbruch der Februar-Revolution 1848 eilte er nach Paris. Von dort kommt er nach Deutschland und beteiligt sich am Badischen Aufstand. Sein Kampf galt der einheitlichen, unabhängigen, deutschen demokratischen Republik, für die er 1872 auch vor Gericht Bekennnis ablegte. „Seit ich fähig bin, zu denken, bin ich Republikaner, und alle Republikaner werden ich sterben.“

Die Niederlage der bürgerlichen Revolution zwang Wilhelm Liebknecht in die Emigration, die er von 1850—1862 in England verbrachte, wo er in engere Berührung zu Marx und Engels kam. Nach Deutschland zurückgekehrt, tritt er in die Redaktion der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung ein. Als ihm das Ansinnen gestellt wird, seine Gesinnung und seine Arbeiten der Bismarckschen Politik anzupassen, scheidet er wieder aus. Politisch unterstützte Liebknecht zunächst die Lassalle-Bewegung, verfocht aber später in der „Mitteleuropäischen Zeitung“ entschieden den Standpunkt der 1864 in London gegründeten I. Internationale, 1867 wird er in den Norddeutschen Reichstag gewählt. 1868 übernimmt er die Leitung des „Demokratischen Wochenblattes“ in Leipzig, das nach Gründung der Sozialdemokratischen Partei 1869 auf dem Eisenacher Kongreß in den „Volksstaat“ umgewandelt wurde.

Als Bismarck durch eine Provokation den Krieg von 1870 auslöst, um die Einheit Deutschlands von oben herzustellen und um Preußens Vorherrschaft zu sichern, enthielten sich Liebknecht und Bebel bei der Abstimmung über die Kriegskredite im Norddeutschen Reichstag der Stimme.

Hier spricht der Krieg / Von Nikolaj Tichonow

Ein Abendrot, als wäre nichts geschehen,
Im Aether geistert heitere Musik.
Erheb dich, laufe! — Halt! Zu spät! Bleib stehen!
Ich bin schon vor dem Stadttor, ich, der Krieg!

Ich bin als Legationsrat und Spion,
Als Chiffrewort im Zeitungsfeuilleton
Herausgeschlurft auf samtdämpften Taten,
Um unter euch geräuschvoll zu zerplatzen.

Ihr kennt mich nicht, wißt nicht, was ich euch vorsang.
Ich tarnte mich als Moorbrand im Gesträuch,
Schürt selbst mein Feuer, hielt den schweren Vorhang
des mörderischen Rauches über euch.
Damit ihr Furcht verspürt und mich begreift,
Sobald mein Feuer eure Stirnen streift.

Seht, wie geschmeidig ist sein roter Strahl,
Wie wunderbar des Todes Arsenal!

Wie stolz der Bombenflieger erdwärts blickt,
Bevor er auf den Knopf des Grauens drückt!

Die Hand im weißen Handschuh zittert nicht,
Wenn er das Werk, das ihr erbaut, zerbricht.

Es bäumt sich tief im Schlaf der Metropole
Die Hölle auf. Sie brüllt, speit Blut und Kohle.

Ihr taucht empor aus diesem Meer der Flammen
Und stoßt mit Panzern vor, den Feind zu rammen,
Nachdem ihr sie mit schweren Giften füllt
Und euch von Kopf bis Fuß in Nebel hüllt.
Es splintern unter Panzern die Gebelle
Gastrunkener Lacher von der Friedhofssippe.
Wie herrlich ihre Todeslegion!
Man röhelt in den letzten Zügen schon
Und lacht und lacht. Die beste der Ideen
Ist, in des Lachens Feuer zu vergehen.

Wie wundert sich das sachliche Gemüt
Des Kochs, der einen Flammenwerfer sieht!
Sein Fach ist, fetter Gänse Fleisch zu braten,
Hier brät man aber Bürger und Soldaten!

Sirenenläufe schlagen Doppelhaken
Man nennt das treffend „psychische Attacken“
— Dem eingeschüchterten Phantasten scheint,
Er sei umringt von durchbrochenem Feind.

Mit gläsernen Blicken rennt das Volk umher.
Indes die Angst der Opfer Zahl vermehrt.

Und wenn das Grün- und Gelbkreuz spukt, erlahmen
Die grellsten Wirkungen der Bühnendramen.
Dann sieht man Menschen, die sich plötzlich röten,
Mit Pocken sich bedecken, dick wie Kröten,
Gespenster, die der Starkstrom heiß durchdringt,
Verkohlt Eichenwald, der niedersinkt,
Blindäugige, die bitter weinend irren.
Der Schmerz verläßt das Herz und steigt zum Hirn.

Sobald die flüss'ge Luft der ersten Minen
Zu dröhnen anhebt, stürzen in Lawinen
Von Kalk und Farbe, Staub und Ziegelstein
Wie Kartenhäuser eure Heime ein.
Und wenn der Staub sich legt, dann hat man Muße
Geköpfte Leichen, lahme Omnibusse,
Die die Geschosse jäh zur Strecke brachten,
Im schwelenden Gerümpel zu betrachten.
Die Bombenlast durchrast die halbe Welt,
Dem Kind zu zeigen, wie der Vater fällt.

Im heißen Zweikampf mit dem Phosphorbrand
Ist machtlos selbst des stärksten Menschen Hand.
Die Straßen lodern wie Ameisenhaufen,
Der Rauch wird rot wie Steinwurz kurz vor Schnee.
Und Menschen, die verstört im Kreise laufen,
Beschießen Himmelsreiter mit MG.

Vergeßt nicht, ihr, auf deren Ruf ich eile:
Ich bin nicht einfach Glut und Feuersäule,
Die euren Wunsch, wenn ihr nach Schätzen schürft,
Sich einseitig und willig unterwirft.
O nein, des Krieges finstere Gebot
Gibt jedermann das Recht auf Schmerz und Tod:

Wer Gas gebraucht, bekommt es selbst zu schlucken,
Wer Bomben wirft, hört einmal auch zu Haus
Die fremden Flieger sich zu Häupten spuken.
Des Todes Schritt, die Angst vor dem Garaus
Wird auch sein Haar in einer Nacht entfarben,
Und er erblickt der fremden Panzer Spur
Auf heimlichen Fluren, auf den Scherben
Und Trümmern seiner eigenen Kultur.

Und kommt vor seines Volkes Schiedsgericht,
Wenn er im Amoklauf zusammenbricht.

Aus dem Russischen übertragen von A. E. Thoss. Abdruck aus dem Augustheft des „Aufbau“



Brand in der Polarnacht

Roman von TICHON SJOMUSCHKIN
Copyright Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin.

79. Fortsetzung

Er vernied jede Begegnung mit Menschen und wanderte nach Enmakai. Die Leute, die ihn von fern erblickten, erschauerten bei seinem Anblick und rannten davon, weil sie dachten, er sei ein flüchtiger Terrak. (Unter den an der Küste wohnenden Tschuktschen herrschte der tiefeingewurzelte Volksglaube, daß die Terraken wirklich existieren. Das waren Menschen, die während der Jagd auf eine Eisinsel gerieten und ins Meer getrieben wurden. Vor Angst verloren sie Sprache und Verstand, konnten aber ungläubliche Entbehrenungen ertragen. Die Terraken fürchten sich vor den Menschen. Manchmal wagen sie sich in die Siedlungen, stehlen Fleisch oder Kleidungsstücke und flüchten danach wieder aufs Eis. Ihr Körper ist mit Haaren bedeckt. In einem Schriftstück, das ich einst zu Gesicht bekam, wurde vom Sekretär des

Tschuktschen-Kreiskomitees, einem Russen, bestätigt, daß er zusammen mit etlichen Tschuktschen einen fliehenden Terraken gesehen hätte.)

Alliet war zum Skelett abgemagert. Sein Gesicht war eingefallen, die Augen lagen tief in den Höhlen, die Backenknochen traten hervor, der Bart war stoppelig und ergraut. In seiner zerfetzten Kleidung sah er furchtbar aus. Er ging langsam, ohne mit den Armen zu schlenkern, schleppte sich mühsam weiter, machte aber nicht halt. Nur hier und da bückte er sich, um ein Sauerampferblatt abzubrechen, und setzte seinen Weg fort. So wartete er, bis die Sonne allzu heiß brannte. Dann bog er in eine Talmulde ab, legte sich auf das Moos und fiel in tiefen Schlaf. So lag er, bis die Sonne einen großen Halbkreis beschrieben hatte; als ein kühler Luftzug ihn weckte, sprang er auf, zerkaute die Vorräte der Feldmäuse und schritt wieder am Ufer entlang. So wanderte er die ganze Nacht. Wieder stieg die Sonne höher und leuchtete heller. Alliet erklomm einen Hügel. In der Ferne erblickte er eine ihm entgegenkommende Baidara. Sie näherte sich rasch; am Ufer entlang liefen Hunde, die sie an einem langen Riemen zogen. An den Armbeugeungen des Treibers erkannte Alliet Waamtscho. Als er die anderen Insassen der Baidara musterte, bemerkte er Tygrena, die im Bug des Bootes saß. Alliet sträubte sich die Haare wie bei einem Wolf, der Beute wittert. Er glitt vom Hügel und versteckte sich.

Als die Hunde die Anhöhe erreichten, erhob sich Alliet aus seinem Hinterhalt und packte den zum Mast der Baidara gespannten Riemen. Waamtscho erstarrte. Die Menschen in der Baidara schrien auf: Alliet stand, wie aus dem Boden gewachsen, wie ein Gespenst vor ihnen.

Schwach vor Erschöpfung, konnte Alliet die Hunde nicht halten und fiel hin. Doch die Riemen ließ er nicht aus den Händen; das Gespann schleifte ihn einige Schritte übers Geröll, bis es anhält.

„Komm her!“ rief Alliet Waamtscho befehlend zu, sich zum erstenmal seit vielen Tagen der Sprache bedienend.

Doch Waamtscho stand bewegungslos.

„Hab keine Angst! Die Geister haben mich gerettet...“

Waamtscho sah Alliet nach wie vor mit starrem Blick an.

„Komm schon her, du Tölpel!“ rief Alliet laut, auf den Steinen mitten unter den Hunden sitzend.

Schwach in den Knien, blaß und mit zitternden Händen ging Waamtscho willenlos auf Alliet zu.

„Fürchte dich nicht! Ich habe Hunger. Ich möchte schnell nach Hause. Hol die Baidara ein!“

Waamtscho umklammerte den Riemen und zog mechanisch die Baidara aus Ufer.

Alliet kletterte hinein und fiel auf den weichen Boden der Baidara. Lang ausgestreckt lag er auf dem Rücken und blickte in den Himmel.

Tygrena wollte sich von ihm abwenden, war aber nicht instande dazu. Sie wollte etwas sagen, doch ihre Zunge war wie gelähmt. Schweigend kroch sie vom Bug der Baidara weg. Sie war so erschrocken, daß sie Aiwa fallen ließ. Sie biß sich die Lippen blutig packte ihren Sohn und preßte ihn krampfhaft an sich.

„Wende das Gespann!“ rief Alliet.

Die Hunde machten sich auf den Rückweg. Doch auch der Steuermann war so erschrocken, daß er nicht wußte, wohin das Steuer legen. Die Baidara ließ bald auf Sandbänke auf, bald wick sie zum offenen Meer ab, so daß von der Seite Wasser eindrang.

Alliet wischte sich das bespritzte Gesicht ab, drehte sich um und kroch auf allen vieren zum Heck. Mit einer Handbewegung vertrieb er den Steuermann und setzte sich selbst an Steuer. Er saß unbeweglich, schweigsam, mit blökenden, tief eingesunkenen Augen. Alle fürchteten sich, ihn anzusehen, und doch

wandten sich aller Augen immer wieder Alliet zu.

Den Rückweg legten die Hunde, wie immer, schneller zurück. Waamtscho stürmte hinter ihnen drein, wie vom Wind getragen. In der Baidara herrschte Schweigen.

Ihren Sohn an die Brust gedrückt, blickte Tygrena Alliet durchdringend an. Ihre Augen begegneten sich. Sie raffte allen Mut zusammen und fragte laut:

„Was ist aus dir geworden? Bist du ein Terrak?“

Alliet grinste boshaft, doch das Lächeln verwand sofort von seinen verzerrten Lippen. Der graue Bart zitterte:

„Hast du vergessen, wer ich bin? Du dachtest, ich sei umgekommen?“

„Die Leute haben es gesagt“, erwiderte Tygrena bereits mit leiser Stimme.

„Nein, ich bin nicht umgekommen. Ich bin da. Viele Tage habe ich gegen die Geister des Hungers gekämpft. Sie sind machtlos gegen mich gewesen... Wasser!“

Der Jäger, der dem Wasserfaß zunächst saß, schenkte rasch einen Becher voll und reichte ihn Alliet mit zitternden Händen.

Dieser trank den ganzen Becher in einem Zuge aus.

„Noch!“ sagte er, die Hand ausstreckend.

Nach dem zweiten Becher befühlte er sein Gesicht und sagte:

„Ringsum gab es nichts zu essen. Nur eine Robbe begegnete mir auf dem Eisfeld. Ich schlich mich gegen den Wind heran, packte sie bei der Flosse, aber sie glitt mir aus den Händen und tauchte in ein Wasserloch. Ich fraß meine Kleidung auf.“

Alliets Stimme tönte dumpf. Seine Worte flogen durch die Baidara. Tygrena befahl tödlicher Schrecken. Sie wußte, Alliet würde jetzt danach Verlangen tragen, den Geistern ein großes Opfer zu bringen. Sie wußte selbst nicht, warum ihr plötzlich der bärtige Russe einfiel. Ein kaum merkliches Lächeln huschte über ihr Gesicht. Doch wieder kam ihr mit einem nagenden Schmerzgefühl der Ge-

danke: Und wenn Alliet plötzlich sagt, man müsse Aiwa zum Opfer bringen? Hat er doch auch die Kinder Narginauts ermordet.

Jedermann wußte, daß der Name Aiwa aus dem Namen Alliet und dem Wort Waam — Große Quelle — gebildet war. Doch niemand wußte, daß Tygrena alle überlistet hatte. Sie wollte, daß Aje das Kind zeugte, gezeugt aber hatte es Waamtscho. Deshalb nahm Tygrena den Anfang des Namens von Aje, das Ende dagegen von Waamtscho und nannte ihren Sohn Aiwa.

Alliet konnte weder Waamtscho noch Aje ausstehen. Wenn er nun plötzlich den Ursprung des Namens enträtselte? Dann würde er sicherlich den Jungen als Opfer darbringen wollen.

In der Ferne tauchte die Siedlung Enmakai auf.

Alliet ließ plötzlich das Steuer los und richtete sich auf dem Heck auf. Entgeistert glotzte er in die Richtung des Zeitlagers.

Mitten unter den Jarangas stand ein hohes Holzhaus mit einem in der Sonne glitzernden Eisenblechdach. In den Feuerscheiben brach das Licht. Die Leute blickten einander schweigend an, als wollten sie sich gegenseitig fragen: Siehst du es auch?

Die Gespensterscheinungen wollten kein Ende nehmen.

„Woher kommt diese hölzerne Jaranga?“ fragte Alliet leise und betrachtete beunruhigt das Haus.

Eine unklare Empfindung von Freude flackerte in Tygrenas Seele auf, sowohl weil sie Alliet erblickten sah, als auch weil in dem Zeitlager plötzlich diese hölzerne Jaranga stand.

Und wieder mußte Tygrena, sie wußte selbst nicht, warum, an den bärtigen Russen denken.

„Heda, Leute! Was schweigt ihr?“ schrie Alliet.

Flugblätter in der Morgenzeitung

Ludwigsburg. Wie Iwb berichtet, waren die Bewohner der Stadt Markgröningen am Freitag nicht wenig erstaunt, als sie in ihrer Morgenzeitung Flugblätter der KPD fanden, in denen die westdeutsche Bevölkerung zum Kampf gegen die Hunger- und Kriegspolitik der Millionärsgewalt in Bonn aufgefordert wurde. Die von der Landespolizei sofort eingeleiteten Ermittlungen hätten ergeben, daß der Vorsitzende der KPD in Markgröningen die Zeitungsträgerin veranlaßt habe, die Flugblätter mit den Zeitungen zu verteilen. So war die Aufforderung zum Kampf gegen die Millionärsgewalt in der Freitagsgabe einiger Stuttgarter Blätter, der Ludwigsburger Kreiszeitung und auch der Neuen Zeitung gekommen.

Kuppel vor der Strafkammer

Urteil des Amtsgerichts in der Berufungsverhandlung gemildert

Mannheim. Die Angeklagte hatte an eine ledige Hausangestellte aus Heidelberg ein Absteigequartier vermietet. Letztere brachte in der Regel einen Ami mit. Da dieser, der auch das Zimmer bezahlte, nicht deshalb bei seinem „girl-friend“ verweilte, um mit ihr illustrierte durchzublätern, oder 66 zu spielen, konnte sich die Vermieterin natürlich an den Fingern abzählen. Aber in Seckenheim stehe abends fast vor jeder Haustür ein amerikanischer Wagen und man wisse, was los ist, meinte die Angeklagte.

Sie lehnte wie alle Andern das ihr angebotene reichliche Mietgeld auch nicht ab. Erschienen doch der fleißigen und sparsamen etwa Fünfzigjährigen die Vertreter des „Landes der unbegrenzten Möglichkeiten“ wahrscheinlich als Goldfische, die sich besonders in den Währungszeiten mit ihren Zigarettenstangen ein kleines Paradies zu erkufen vermochten, und die nun daher auch ohne Gewissensbisse schröpfen konnte. Ueberdies lebte die Angeklagte zwar in engermaßen soliden Verhältnissen, war jedoch materiell nicht auf Rosen gebettet. Kurz sie tat, was so und so viele ebenfalls taten und daß man sie dieser Vermietung wegen von seiten des Amtsgerichtes zunächst zu drei Monaten Gefängnis verurteilte, war eine drakonische Maßnahme. Vor der Strafkammer fand ihr Fall eine etwas mildere Beurteilung. Das Gericht nahm von einer Gefängnisstrafe Abstand und verurteilte sie zu einer allerdings reichlich bemessenen Geldstrafe.

Die Strafkammer befaßte sich noch mit einem ehem. Pfadfinder-„Führer“, der sich gegenüber ihm anvertrauten Jugendlichen Sittlichkeitsverbrechen hatte zuschulden kommen lassen. Er erhielt 1 Jahr Gefängnis. Vor nicht allzulanger Zeit stand ein „Stamm-Führer“ derselben Organisation ebenfalls vor der Mannheimer Strafkammer wegen des gleichen Deliktes. Die Unterbindung derartiger Vorfälle und der Tatsache, daß homosexuelle „Jugendführer“ bei den Pfadfindern leitende Funktionen einnehmen können, würde vor allem im Interesse der Elternschaft und der Jugendlichen liegen.

„Die Frau von heute“

Eine illustrierte Zeitschrift für die werktätige Frau

Mit der „Frau von Heute“ erscheint zum erstenmal seit 1933 in Westdeutschland eine Zeitschrift für die werktätigen Frauen, die sich ihr Leben durch ihre Arbeit aufbauen, sei es in der Fabrik, im Büro, im Laboratorium, im wissenschaftlichen Institut oder in der Nähstube.

Es gibt schon unzählige illustrierte Zeitschriften, auch solche, die angeblich extra für die Frauen geschrieben sind. Und trotzdem gibt es noch keine Zeitschrift für die arbeitende Frau. Die Hausfrau, die ihre Kinder selbst versorgt, die Arbeiterin im Betrieb, sei es an der Maschine oder im Büro, die Lehrerin oder Aertzin hat doch kein Interesse an nackten Frauenbeinen, an hypermodernen Kleidern, an phantasievollen Schönheitswettbewerben oder Garderobenneuheiten einer „Filmdiva“. Die „Frau

von Heute“ spricht die moderne Frau, die Frau der Arbeit, an.

Die „Frau von Heute“ stellt in Rechnung, daß die werktätige Frau nach des Tages Arbeit müde ist und Entspannung sucht. In fesselnden Erzählungen, in guten Romanen, Humor, Rätseln, in Anleitungen zu Hand- und Bastelarbeiten bietet sie jeder Frau etwas. Sie erzählt von dem Leben der Frauen in den anderen Ländern der Welt, zeigt deren Streben, das mit dem unserer Frauen gemeinsam geht nach einem friedlichen Glück in der Familie, nach einem Leben ohne Angst vor Not oder Krieg.

Die „Frau von Heute“ ist aber auch eine Helferin im Haushalt, denn mit ihrer netten Modezeitung mit Schnittmusterbogen kann jede Frau sich und die Kinder geschmackvoll kleiden. Die „Frau von Heute“ sollte die angenehme Weggefährtin jeder denkenden Frau sein.

Triumph des Schweizer Radsports

Kübler gewinnt die „Tour“
Ferdinand Kübler (Schweiz) beendete am Montag im Pariser Prinzenpark-Stadion die 37. „Tour de France“ siegreich. Damit endete nach der „Giro d'Italia“, der Schweizer Rundfahrt, auch die „Tour de France“ mit einem Triumph der Eidgenossen.

Kübler, der selbst drei Etappensiege herausholte, trug über elf Etappen das gelbe Trikot des Spitzenreiters, das er am 26. Juli nach der zwölften Etappe St. Gaudens-Perpignan von dem ausscheidenden Italiener Magni übernahm. Die letzte Etappe am Montag von Dijon nach Paris über 314 Kilometer gewann Baffert (Frankreich).

Der Sieg des 33jährigen Ferdinand Kübler bedeutet gleichzeitig den ersten Schweizer Erfolg seit Bestehen der „Tour“. Der Gewinn des Siegers wird auf 2 Millionen Francs (etwa 24.000 DM) geschätzt.

Von den am 13. Juli gestarteten 116 Fahrern nahmen 51 das Rennen zur letzten und längsten Etappe von Dijon nach Paris über 314 Kilometer auf. Bereits 10 Minuten vor der in der Marschroute angegebenen Zeit von 18.28 Uhr traf eine Gruppe von sechs Fahrern im Pariser Prinzenpark-Stadion ein. Spurtsieger wurde Baffert (Frankreich), in 9:36:12 Std. vor Hendrick (Belgien), Molinari (Frankreich), Bruele (Ile de France), Bonnareure (Südost) und Diederich (Luxemburg) alle mit der gleichen Zeit.

Endbewertung: 1. Kübler (Schweiz), 145:36:56 Std., 2. Ockers (Belgien) 145:46:26, 3. Bobet (Frankreich), 145:59:15, 4. Geminiani (Frankreich) 146:08:10, 5. Kirchen (Luxemburg), 146:11:17, 6. Piot (Ile de France), 146:18:31.

Heinz Müller Zweiter bei Profi-Kriterium in der Schweiz

Heinz Müller (Schwenningen) belegte unter 27 Fahrern beim Profi-Kriterium in Offingen (Schweiz) hinter dem Sieger Eugen Kamber (Zürich) den zweiten Platz. Pfann-

Lohnerhöhungen müssen im Betrieb erkämpft werden

Tarife werden gekündigt — Straßenbahner und Metallarbeiter vor wichtigen Entscheidungen

Die Erregung der arbeitenden Bevölkerung über die Preistreiber der Bonner Regierung nimmt immer mehr zu. Die Arbeiter und Angestellten haben eingesehen, daß von den Millionärvertretern in Bonn durch Verhandlungen nichts zu erwarten ist. Trotz aller Beschwichtigungsversuche der rechten Gewerkschaftsführung greifen die Arbeiter und Angestellten überall zum Mittel des Proteststreiks. Sie wissen aber, daß das allein nicht genügt, um den Angriff auf ihre Lebenshaltung abzuwehren. Deshalb konzentrieren sich ihre Bemühungen auf die Forderung nach Lohnerhöhung.

Die Forderung aus den Betrieben nach höherem Lohn wird täglich stärker. Das Bewog den Bundesvorstand des DGB, den Industriegewerkschaften zu empfehlen, die Tarife zu überprüfen und notfalls zu kündigen. Bis heute sind im Rahmen der Westzonen bereits drei Industriegewerkschaften dem Willen der Arbeiter und Angestellten nachgegeben. Nach der IG Bau und Erden und der IG Chemie, Papier, Keramik hat nun auch die Gewerkschaft Textil und Bekleidung das bestehende Tarifabkommen gekündigt.

Am kommenden Donnerstag werden sich die Straßenbahner Stuttgarts auf einer Betriebsrätevollversammlung, und am kommenden Samstag die Metallarbeiter auf ihrer Bezirkskonferenz mit dieser Frage beschäftigen. Angesichts der täglich steigenden Preise dürfte auch bei den Straßenbahnern und Me-

tallarbeitern eine Kündigung des Tarifs das Ergebnis sein.

Die Kündigung der Tarife kann aber nur ein erster Schritt sein. Höhere Löhne werden nicht am grünen Tisch, sondern in den Betrieben errungen. Dort gilt es, die geballte gewerkschaftliche Kraft zu organisieren. Nur wenn alle Arbeiter und Angestellten ihren entschlossenen Willen demonstrieren, für eine Lohnerhöhung mit allen Mitteln zu kämpfen, werden die rechten Gewerkschaftsführer davon absehen, wieder einen faulen Kompromiß mit den Unternehmern zu schließen, nur dann wird auch die Verhandlungskommission die Basis haben, auf der sie erfolgreich die Interessen aller Schaffenden vertreten kann.

Auch Gewerkschaft Leder will Lohnabkommen kündigen

Stuttgart. (Iwb) Der Bundesvorstand und Beirat der Industriegewerkschaft Leder haben in Stuttgart beschlossen, wegen der Teuerung eine Erhöhung der Löhne und Gehälter zu fordern. Aus diesem Grunde sollen die im Bundesgebiet bestehenden 49 Lohnabkommen zum nächstmöglichen Termin gekündigt werden.

Angehörige des Öffentlichen Dienstes protestieren gegen geplante 3prozentige Gehaltskürzung

Stuttgart. Etwa 1500 Angehörige des Öffentlichen Dienstes protestierten am Montag

in einer vom Ortsausschuß Stuttgart des Deutschen Gewerkschaftsbundes veranstalteten Kundgebung gegen die geplante 3prozentige Gehaltskürzung. In einer Entschlie-ßung wird betont, es lasse jedes soziale Empfinden vermissen, wenn den Angehörigen des Öffentlichen Dienstes, deren Bezüge seit 1927 unverändert geblieben seien, zugemutet werde, eine 3prozentige Sondersteuer zu tragen. Für die Angehörigen der Bundesverwaltung der Post und der Eisenbahn wird die sofortige Aufhebung der Brüningschen 6prozentigen Gehaltskürzung gefordert. Ferner wird in der Entschlie-ßung ein Gesetz gefordert, nach dem den Beamten und Angestellten aller Besoldungs- und Vergütungsgruppen entsprechend der erhöhten Lebenshaltungskosten eine Teuerungszulage gewährt werden soll.

Scharfe Kritik wird in der Entschlie-ßung an Bundesfinanzminister Dr. Fritz Schäffer geübt, der in den letzten Wochen der Beamenschaft eine „Kette unsozialer Maßnahmen aufgetischt“ habe.

Der Leiter des Beamtensekretariats im DGB, Adolf Leweke, Düsseldorf, bezeichnete die 3prozentige Abgabe als eine „Solidarhaftung“. Der Deutsche Gewerkschaftsbund werde es nicht zulassen, daß die Absicht der Bundesregierung zum Gesetz werde.

Eisenbahner, wehrt euch gegen die befohlenen Massenentlassungen!

Bildet in allen Bahnbetrieben Komitees zur Abwehr des amerikanischen Demontageplans

Die Empörung der westdeutschen Eisenbahner gegen die von der USA-Marshall-Plan-Kommission geforderten Massenentlassungen ist so groß geworden, daß sich der Bundesverkehrsminister, Dr. Seebom, gezwungen sah, eine beruhigende Erklärung abzugeben.

Er sagte am Montag in Bonn, daß die „überzähligen“ Angestellten erst dann entlassen werden können, wenn ihre Unterbringung in anderen Zweigen der Wirtschaft gesichert sei und kündigte als Zwischenlösung die Versetzung von betroffenen Eisenbahnern in den Ruhestand an.

Die westdeutschen Eisenbahner werden wissen, was sie von dieser Beruhigungsspiel- des Verkehrsministers zu halten haben. Das Versprechen Adenauers, den Brotpreis nicht zu erhöhen, ist noch jedermann gut in Erinnerung und daß Dr. Seebom nicht mehr Vertrauen als der Bundeskanzler genießt, beweist die in vielen Versammlungen der Eisenbahner erhobene Forderung auf seinen Rücktritt.

Die Angestellten und Arbeiter der Bundesbahn werden trotz aller billigen Erklärungen sich mit aller Kraft gegen den schrecklichen amerikanischen Plan, welcher die Entlassung

von ca. 80.000 Eisenbahnern, die Ernennungs- sperre für Beamte, die Einstellung der Zahlung von Ruhegehältern und soziale Leistungen an Umsiedler, die Einschränkung des Verkehrs, die Verschrottung von 4000 Dampf- lokomotiven und 5000 Reisezugwagen, die Tariferhöhung für den Berufsverkehr, die Einschränkung von 20 Ausbesserungswerken für Lokomotiven auf 7 und der Ausbesserungswerke für Güter- und Reisezugwagen auf 20 Werke vorsieht, zur Wehr setzen.

Die Durchführung dieses unverhohlenen Demontageplans würde 100.000 Familien durch neue Erwerbslosigkeit in Not und Elend stürzen. Der Ausfall von 80.000 Eisen-

bahnern würde eine unermessliche Arbeits- leistung für ihre im Dienst verbleibenden Kollegen bedeuten, der diese auf die Dauer nicht gewachsen wären und die unausblei- bliche gesundheitliche Schädigungen mit sich bringen würde.

Bei Durchführung des amerikanischen Planes könnte es nicht ausbleiben, daß durch den Wegfall von Bahnschranken an Kreuzungen eine Gefährdung des Straßen- und des Schie- nenverkehrs eintritt.

Alle Dienststellen der Eisenbahn, die Eisenbahnergewerkschaften und die gesamte deutsche Bevölkerung müssen sich gegen diese Vorhaben zur Wehr setzen.

Dieser Demontageplan ist ein erneuter Be- weis dafür, daß im Zeichen des Marshall- Planes die Interessen der anglo-amerikanis- chen Imperialisten gewahrt werden, wäh- rend die Interessen des deutschen Volkes mit Füßen getreten werden.

In allen Betriebsstätten der Eisenbahn, in allen Verwaltungen müssen in enger Ver- bindung zwischen den Gewerkschaften und den Beamteneinigungen Komitees zur Ab- wehr dieses schändlichen Planes gebildet werden.

Urteile gegen amerikanische „Taxiräuber“ bestätigt

Heidelberg. Vier Urteile wurden jetzt be- stätigt, die in letzter Zeit von US-Kriegsger- ichten in Heidelberg und Stuttgart gegen amerikanische Soldaten verhängt worden sind.

Unter den Verurteilten befinden sich zwei Soldaten, die am vierten Mai dieses Jahres in Mannheim einen deutschen Taxichauffeur mit vorgehaltener Pistole beraubt hatten. Die Beiden waren am 29. Juni von einem Kriegsgericht in Heidelberg zu unehrenhaftem Ausscheiden aus der Armee sowie zu Freiheitsstrafen in Höhe von acht bzw. fünf Jahren verurteilt worden. Die beiden an- deren Urteile lauteten ebenfalls auf Ausschuß aus der Armee und auf drei Jahre bzw. sechs Monate Zwangsarbeit. Sie waren von Kriegsgerichten in Heidelberg und in Stutt- gart wegen Zoll- und Devisenvergehen aus- gesprochen worden. (Nach Iwb)

Großfeuer im Kreise Pforzheim

Wurmbach. (Iwb) In dem Anwesen eines Zimmermanns in Wurmbach im Kreis Pforz- heim ist am Sonntag ein Feuer ausgebro- chen. Der Brandschaden wird auf über 10.000 DM geschätzt.

Nach den bisherigen Ermittlungen besteht der Verdacht, daß der Sohn des Zimmer- manns, der erst vor wenigen Tagen aus einer Heil- und Pflegeanstalt entlassen wor- den ist, den Brand verursacht hat.

Mit der Unterschriftenliste auf der Straße

Ein gutes Beispiel — Die Menschen wollen angesprochen werden

Vorgestern abend wartete ich auf meine Straßbahn. Sie war mir, wie so oft, vor der Nase weggefahren, und während ich hier auf und ab ging, beobachtete ich ein junges Mäd- chen, das mit einer Liste in der Hand die hier vorbeigehenden Menschen ansprach. Manch eiliger Fußgänger ging ohne ihren freundli- chen Gruß zu erwidern vorbei, mancher blieb stehen und gab seine Unterschrift. Es war eine Liste des Ständigen Komitees des Stock- holmer Kongresses mit dem Aufruf zur Aech- tung der Atombombe, der Forderung nach ei- ner internationalen Kontrolle und dem Ver- langen, die Regierung als Kriegsverbrecher zu erklären, die als erste die Atombombe zur Anwendung bringt.

Mit einem Herrn konnte das junge Mäd- chen nicht zu Streich kommen. Er hatte wohl allerlei Einwendungen zu machen. Ich ging auf diese Gruppe zu und wurde nun auch an- gesprochen: „Haben Sie schon Ihre Unter-

Aus dem Arbeitsgericht

Mannheim. Ist die fristlose Entlassung begründet oder nicht, war wieder einmal die Frage mit der sich das Arbeitsgericht beschäftigte. Der Beklagte legte peinlich- sten Wert darauf, daß sein Lokal in Mann- heims Innenstadt als exklusiv und vornehm betrachtet wird, wenn auch hin und wieder einmal der beflassene Oberkellner mit einer „Spiritus-Fahne“ die erlauchten Gäste der Stadtverwaltung und andere Prominente bediente.

Aber nicht der Oberkellner, sondern ein „kleiner“ Kellner wurde einel Tages frist- los entlassen. Der Chef plädierte dabei auf „launische Bedienung“, auf unentschuldigtes Fehlen an einem bestimmten Tag und respektlose Redensarten gegenüber ihm etc. Ob dieses Kuriosum von Gründen ausreichte für eine fristlose Entlassung war selbst dem Arbeitsrichter im Moment nicht klar.

Dazu stellte selbstverständlich auch der Kläger seine Forderungen, die wie folgt lauteten: 2 Wochen Lohnausfall, Bezahlung von 8 Tagen Urlaub und 5 gesetzlichen Feiertagen laut Tarifvertrag. Ueber die ge- setzliche Fundamentierung des letzten Punktes hatte sich der Chef auf Grund seiner Unwissenheit erst über Stuttgart informie- ren müssen. Zusätzlich erhob der Kläger noch Anspruch auf 10 Prozent Bedienungsgeld bei Abonnementgästen (Mitglieder des Nationaltheaters), das ihm zu erheben ver- weigert wurde. Der Chef, der angab, großer Theaterfreund zu sein, wollte erstens einmal das Essen für die armen Künstler nicht so teuer machen und zum anderen sollte der Kläger auch sein übriges aus Be- geglerung fürs Theater dazu tun.

Schließlich gab der Chef in allen Punk- ten, mit Ausnahme des ersten, großzügig nach, da er, wie er sich mit Pathos aus- drückte, sich nicht um Geld, sondern nur um seine Ehre streiten würde. . . Mit seiner Ehre meinte er natürlich die respektlose Redensart, die u. a. die fristlose Entlassung begründete. Der Kläger war nicht so empfindlich, obwohl ihn der Chef auch ein- mal „dahergelaufener Lausbub“ genannt hatte. Durchaus keine ansprechende Be- zeichnung für einen Umsiedler. Da dieser Chef auch im Uebrigen nicht „ohne“ ist, be- weist die Tatsache, daß er einmal den Tar- if selbständig kündigen wollte, um mit sei- nen Angestellten eigens von ihm servierte Arbeitsverträge abzuschließen. Aber zum Glück fiel darauf niemand herein.

Da der Kläger aus Gründen der Vernunft auf Kündigungswiderrufsklage verzichtete, machte es sich der Arbeitsrichter wieder einmal bequem und schlug als Vergleich die Hälfte der geforderten Summe, machte 200 DM netto, vor. Da der Kläger anscheinend Angst vor Justitia hatte, griff er resigniert zu. Aber der kunstliebende Chef mußte sich verpflichten, trotz seiner Bedenken, noch ein makelloses Zeugnis für den „Daherge- laufenen“ auszustellen.

Arbeitsrechtlich sei bei diesem Fall noch hervorzuheben, daß bei Urlaub im Hotel- und Gaststättengewerbe nicht nur der volle Garantilohn, sondern außerdem 33 Prozent Zuschlag zu zahlen sind, laut Tarif, wohl- bemerkter . . .

Quer durch den Sport

5000 Meter in 14:37 Minuten

Beim Weltrekordlauf des Olympiasiegers Emil Zatopek in Turku spendeten 6000 Zu- schauer der phänomenalen Leistung begeistert Beifall. Zatopek verbesserte seinen am 22. Oktober 1949 in Mährisch-Ostrau auf- gestellten Weltrekord um 18,6 Sekunden. Der Finne Peraelae führte auf den ersten bei- den Runden, dann übernahm Zatopek bis zum Schluß die Spitze. Auf seinem Rekord- lauf erzielte er folgende Zwischenzeiten: 2000 m 5:51,8 Min., 3000 m 8:46,0 Min., 4000 Meter 11:41,5 Min., 5000 m 14:37 Min., 6000 Meter 17:31,0 Min., 7000 m 20:22,5 Min., 8000 Meter 23:30,0 Min., 9000 m 26:15,5 Min.

Matthias Schweizer Zehnkampfmeister

Zehnkampf-Olympiasieger und Weltrek- ordhalter Bob Matthias Schweizer (USA) holte sich in Bern den Titel eines Schwei- zer Zehnkampfmeisters mit 7312 Punkten vor Scheurer (Schweiz) mit 6756 und Mar- celja (Jugoslawien) mit 6581 Punkten.

Deutsche Wasserballmeisterschaft

Die ersten Spiele um die deutsche Wasser- ballmeisterschaft 1950 endeten am Freitag in Wuppertal mit knappen Ergebnissen: Duisburg 98 — WF Hannover 3:1 (1:1) SSF Barmen — Bay. 07 Nürnberg 2:1 (0:0) WF Wuppertal — Südring Berlin 5:4 (3:4) Nürnberg zeigte keinerlei Hochachtung vor dem Titelverteidiger und lieferte in der ersten Hälfte ein ausgeglichenes Spiel und verlor schließlich durch zwei schöne Tore Hettfelds.

Ergebnisse vom Sonnabend

Wasserfr. Wuppertal — SSF Barmen 0:4 Südring Berlin — Duisburg 98 2:6 Bayern 07 Nürnberg — WF Hannover 6:3 WF Hannover — SSF Barmen 1:4 Duisburg 98 — WF Wuppertal 3:3 Bayern 07 Nürnberg — Berlin Südring 6:2

Pfirimann schlug den deutschen Meister Bettendorf

Die erste Ueberraschung bei den deutschen Amateurbokemeisterschaften war im Halb- schwergewicht Pfirimanns (Weinheim) Sieg über den deutschen Meister Bettendorf (Ffm) nach Punkten. Pfirimann war sehr schnell auf den Beinen und nahm so dem Frankfurter die Treffermöglichkeiten. Andererseits schlug er plötzlich beidhändig und holte in der Anfangsrunde sichtliche Vorteile heraus, was nach den folgenden ausgeglichenen Run- den zum Sieg genügte.

Im Weltgewicht verausgabte sich Skade (Weinheim) gegen Brommer (Coburg) an- fangs zu sehr, so daß der Bayer noch zu ei- nem klaren Sieg kam. Den einzigen ko gab es im Mittelgewicht von Ihlein über Keffler (Trier) in der zweiten Runde.

Kurze Fußballübersicht

Das Wochenende wurde von zahlreichen Vereinen ausgenutzt, um die Spieler für die Punktspiele vorzubereiten.

Einen verdienten 2:1 Sieg holte München 60 gegen den FC Saarbrücken heraus, wobei die Begegnung gleichzeitig für den Saarland-Pokal gewertet wurde. Die Süddeutschen zeigten gute Leistungen. Fortner und Mondshein brachten die Gastgeber mit 2:0 in Front, ehe Balzert den Treffer der Saarländer anbrachte. Eine enttäuschende Partie boten Holstein Kiel und BC Augsburg, wobei die Begegnung zum Schluß auch noch in eine unerfreuliche Härte ausartete, so daß Spieler und Schieds- richter von einem Polizeiaufgebot in ihre Ka- binen geleitet werden mußten. Schlump brachte die Süddeutschen in Front, die Hain ausglich. Noelte schaffte die 2:1 Führung der Gastgeber, doch ergab ein Eigentümer von Grunewald das gerechte Unentschieden.

Der VfB Mühlburg überfuhr den durch Abgänge geschwächten VfB Lübeck mit 7:1. Bis zur Pause konnten die Norddeutschen noch 1:1 mithalten, doch dann fielen die Tore am laufenden Band.